

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Wagnispreis mit Illustr. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.—. Für Selbstabholer 1.00 Mk. — Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206. **Verlagskonto:** Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Nr. 534.77

Redaktion: Leipzig, Tauschaer Str. 10/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72206. — **Verlag in Leipzig,**
Tauschaer Straße 10/21 — Telephon 72206

Inseratenpreise: Die 10. Geheile, Kolonelsseite 35 Pf., bei Platzvorkauf 40 Pf.
Stellenangebote 10 Geheile, Kolonelsseite 25 Pf., Familiennachrichten von Privatpersonen 10 Geheile, Kolonelsseite mit 50 Pf. Nachsch. Reklameseite 2 Mk. Inserate v. ausm.: die 10 Geheile, Kolonelsseite 40 Pf., bei Platzvorkauf 50 Pf., Reklameseite 2.25 Mk

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementbestellungen nehmen die Auszüge, urliche Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Die Rüstungspläne der Zuchthauskandidaten

Arnold Rehbbergs deutsch-französischer Bündnisplan — Verhandlungen mit Marshall Foch Das Ziel: Aufrüstung unter Führung der Schwerindustrie

300 000 Mann stehendes Heer

In Berlin, 24. September.

Herr Arnold Rehbbergs teilt mit: Während der letzten Tage ist in der Presse wiederholt an mich die Frage gerichtet worden, welche konkreten Bedingungen einer deutsch-französischen Einigung den seit längerer Zeit laufenden Unterhaltungen zwischen französischen Staatsmännern und mir zugrundegelegt worden seien. Ich trage keine Bedenken, diese Bedingungen bekanntzugeben, um so weniger als sie bereits in den großen französischen Zeitungen mehrfach veröffentlicht worden sind.

1. Interessenverflechtung der deutschen und französischen Schlüsselindustrien. Sie ist durch den deutsch-französischen Rüstungsplan, durch den deutsch-französischen Eisenpakt und durch den deutsch-französischen Chemiepakt in den Jahren 1928 und 1927 bereits verwirklicht worden.

2. Deutsch-französischer militärischer Interessenverflechtung. Deutschland und Frankreich garantieren sich gegenseitig ihre europäischen Grenzen gegen jeden Angriff seitens einer dritten Macht.

Es wird ein Verhältnis von 5:3 zwischen der französischen und der deutschen Armee festgesetzt, das heißt, wenn die französische Armee 500 000 Mann stark ist, soll die deutsche Armee bei gleicher Rekrutierung, Ausrüstung und Bewaffnung, wie die französische Armee, 300 000 Mann stark sein.

Es wird ein aus deutschen und französischen Generalen zusammengesetztes, den beiden Armeen, der deutschen und der französischen, übergeordnetes Oberkommando geschaffen. Dieses Oberkommando hat das Recht der Befehlshaber aller deutschen und französischen Truppen und arbeitet die Pläne für die eventuelle gemeinsame Verteidigung der deutschen und der französischen Grenzen aus. Die belgische Armee wird dem deutsch-französischen Militärabkommen angeschlossen. Diese militärischen Bedingungen sind zuerst in einer Unterredung umrissen worden, die ich schon vor Jahren mit dem verstorbenen Marshall Foch gehabt habe. Der Marshall war der Überzeugung, daß durch die Verwirklichung eines solchen deutsch-französischen Militärabkommens jeder deutsch-französischer Krieg materiell unmöglich werde, und daß damit zunächst der Friede in Europa garantiert sein werde. Für besonders wichtig hielt der Marshall,

daß ein solches deutsch-französisches Militärabkommen mit der deutsch-französischen industriellen Interessenverflechtung gekoppelt sei, weil sich daraus seine Unlöslichkeit ergebe.

3. Räumung aller von Frankreich besetzten deutschen Gebiete.

4. Die von den Regierungen Deutschlands und Frankreichs bisher unterzeichnete Reparationsvereinbarung bleiben zunächst bestehen. Veränderungen, welche sowohl zum Vorteil Deutschlands wie Frankreichs sein würden, sind der gemeinsamen Uebereinkunft zwischen beiden Regierungen vorbehalten.

5. Polen wird Danzig und den Weichsel-Korridor an Deutschland zurückgeben. Danzig bleibt polnischer Freihafen, wobei Deutschland und Frankreich gemeinsam den Polen freie Schifffahrt auf der Weichsel garantieren. Ebenso wird der Hafen von Memel Polen zur Verfügung gestellt. In Oberschlesien wird ohne Veränderung der gegenwärtigen Grenzen eine deutsch-französisch industrielle Interessengemeinschaft geschaffen. Gleichberechtigung der Deutschen in Polen. Als Gegenseitigung garantieren Frankreich und Deutschland gemeinsam alle übrigen polnischen Grenzen. Polen wird ebenfalls dem deutsch-französischen Militärabkommen angeschlossen.

6. Durch Unterzeichnung dieses Bündnisvertrages werden die Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles, soweit sie sich ausschließlich auf Deutschland und Frankreich bzw. auf Deutschland, Frankreich und Belgien beziehen, annulliert. Die durch den Versailles Vertrag geschaffene deutsch-französisch Grenze, sowie die durch den gleichen Vertrag geschaffene deutsch-belgische Grenze bleiben bestehen.

7. Mit Unterzeichnung dieses Bündnisvertrages gilt die Kriegsschuldfrage als erledigt. Außerdem ist erörtert worden, daß Frankreich nach Unterzeichnung einer derartigen Bündnisvertrages der Verbündung Österreichs mit Deutschland gegebenenfalls keinen Widerstand leisten würde. Der Anschluß der englischen Schlüssel-Industrien an die Bündnisse der deutschen und französischen Schlüssel-Industrien wurde als erwünscht bezeichnet. Diese Entwicklung hat infolgedessen bereits eingeleitet, als sich die durch Lord Melchett — mit dem ich seit Jahren in Beziehungen stehe — in der Imperial Chemical Industries Limited zusammengefaßten und von ihm geführten englischen chemischen Industrien bereits dem deutsch-französischen Chemiebündnis angeschlossen haben. Der englischen Regierung ihrerseits soll der Anschluß an das deutsch-französisch militärische und politische Bündnis offengehalten werden, dessen Bedingungen gegebenenfalls sinngemäß auf einen deutsch-französisch-englischen Freibund zu übertragen wären.

Ein Zutritt Poincarés

In der Affäre der deutsch-französischen Geheimverhandlungen veröffentlicht heute das Echo de Paris einen Brief Poincarés an den Redakteur des Blattes, in dem er die Rolle darstellt, die Herr Rehbbergs in Paris gespielt hat. Der Brief ist vom 23. datiert und lautet:

Lieber Freund! Ich habe in der Tat Rehbbergs im Jahre 1923 und dann noch einmal im Jahre 1928 empfangen. Er wiederholte mir einige Gemeinplätze über die französisch-deutsche Annäherung, die er in französischen Zeitungen veröffentlicht hat.

Ich antwortete ihm, daß alle diese Fragen zu jenen gehörten, über die man von Regierung zu Regierung, nicht aber mit Privatpersonen verhandelt.

Und das ist alles. Ich brauche nicht hinzuzufügen, daß dieser persönliche Besuch die Vermutung ausschließt, als hätte jemals Rehbbergs versucht, als Vermittler bei denselben Rehbbergs zu dienen. Das ist pure Erfindung.

(Unter uns gesagt, habe ich übrigens Herrn v. Hoersch von diesem Besuch Mitteilung gemacht. Er schien die Sache nicht ernst zu nehmen.)

Ich bin immer noch nahezu zur Unbeweglichkeit verurteilt. Der Termin zu meiner zweiten Operation ist noch nicht festgesetzt.
Ihr
Poincaré.

Das also ist des Pudels Kern

Der Landesverrat der Kriegspolitiker

Der echte deutsche Mann mag keinen Franzosen leiden, Doch ihre Feinden hat er gern.

Für den Eingeweihten freilich war es längst kein Geheimnis mehr. Die Verhandlungen in Paris, die Kriederei vor Poincaré-la-guerre, dem Vielgeschmähten, und seinen Helfershelfern dienten den Aufrüstungsplänen, die von der deutschen Schwerindustrie seit Jahren betrieben werden. Wenn die Aufrüstung des neuen Deutschland im Bunde mit der französischen Schwerindustrie geschehen kann, dann um so besser. Für 200 000 Mann neue Soldaten ist jeder „Patriot“ bereit, mit dem Erbfeind zu verhandeln. Für eine neue herrliche Kriegsmarine buhlt man in den Vorzimmern der französischen Ministerien. Für schwere Riesenwerke verhandelt man mit dem Gehäuftesten der Gehäufteten, mit Marshall Foch.

Herr Arnold Rehbbergs wurde durch die Feststellung der Landesverraterei, die von den Bevollmächtigten Hugenbergs betrieben wurden, unter Druck genommen. Er hat nunmehr seine Pläne vor der gesamten Weltöffentlichkeit dargelegt. Ein Militärbündnis mit Frankreich im Verhältnis von 5:3. Die politischen Ziele dieser Verständigung sind offenbar. Sie richten sich gegen den Sowjetstaat, und wenn es nicht anders geht, selbst gegen England. Aber immerhin, Herr Arnold Rehbbergs, der Vertreter der deutschen Rüstungsindustrie, hat sich den Verständigungsbestrebungen zwischen Deutschland und Frankreich, dem Locarnogedanken nicht entgegengestellt. Seine geheimnisvollen Rüstungsgeschäfte betrieb er nebenher. Demgegenüber hielten die Deutschnationalen unter Führung Hugenbergs in geradezu gemeinlicher Form. Sie appellierten an die niedrigsten Instinkte deutscher „Patrioten“. Sie hängten den Erbfeind tagtäglich in ihren Zeitungen auf. Sie beschmühten die führenden Häupter der französischen Republik. Und insgeheim verhandelten Bevollmächtigte Hugenbergs dennoch mit Hintermännern Poincarés.

Was haben die Deutschnationalen während der letzten Jahre nicht alles angeheißelt? Zwar gehörte Herr Dr. Schiele, der deutschnationale Landwirtschaftsminister, zu den Mitwissern bei der Einleitung der Locarnopolitik. Nichtsdestoweniger traten die Deutschnationalen aus der Regierung aus, als Locarno zur Wirklichkeit geworden war. Gewiß hat auch Dr. Stresemann, wenn er seine Friedenstauben fliegen läßt, noch andere Pläne. Immerhin verfolgt er sie in breiter Öffentlichkeit, so daß eine Kontrolle möglich ist. Die Deutschnationalen aber haben gegen alle Verständigungs-

Die deutschnationalen Freier



„Gnädige Frau, es warten wieder eine Anzahl Erbfeinde draußen, um ihre Aufwartung zu machen!“

Bankrott der Koburger Nazis

In einem halben Jahre zu Meite und Staatsaufsicht

Eine Meldung aus Koburg, der Stadt, die seit ein paar Monaten eine nationalsozialistische Stadtverordnetenmehrheit hat, wird berichtet:

Der Stadtrat hat in vier debattenreichen Sitzungen den Etat für den Stadthaushalt mit den Stimmen der Nationalsozialisten und der Bürgermeister, letztere unter Protest, verabschiedet, ohne das Defizit von zirka 960 000 Mark zu bedenken. Die Reichsregierung wird nunmehr ihr staatsaufsichtliches Recht geltend machen und die Zwangsliquidation wahrnehmen, was auch der Erste Bürgermeister in Aussicht stellte. Die Einnahmen betragen 2 938 348 Mark, die Ausgaben 3 431 660 Mark, dazu kommt noch ein Fehlbetrag aus dem Vorjahre in Höhe von 228 000 Mark. Der Theateretat, der 258 000 Mark vorsteht, wurde bekanntlich gestrichen und eine Entschädigung gefordert, in der von der Staatsregierung die Übernahme der ganzen Theaterlast auf Grund des Staatsvertrages bzw. des interfraktionellen Beschlusses des Landtags vom 11. März 1920 verlangt wird. Die Feuersteuer und die Straßencleaning sabbagen wurden gestrichen, die Umlage von 400 auf 300 Prozent ermäßigt, dafür die Einführung einer Warenhaus- und Filialsteuer beschlossen.

Schneller als angenommen werden mußte, hat die nationalsozialistische Stadtherrschaft der ehemaligen Hauptstadt des verflorenen Herzogtums Koburg-Gotha elend Bankrott gemacht. Koburg hat etwa 25 000 Einwohner. Das von den National-

sozialisten nach weniger als halbjähriger Rettungsaktion fabrizierte Defizit beträgt fast eine Million, pro Einwohner 40 Mark, pro Familie 160 bis 200 Mark. Dabei sind die sonst von der Stadt getragenen Theateraufwendungen gar nicht im Haushalt belassen, sondern einfach gestrichen. Im anderen Falle würde das Defizit auf fast ein und eine viertel Million Mark steigen. Die Besitzsteuern für Feuersteuer und Straßencleaning wurden gestrichen und dafür eine „Judensteuer“ gegen die Warenhäuser, außerdem eine „Filialsteuer“ gegen den Konsumverein beschlossen. So handeln die Herrschaften dort, wo sie „unumschränkt“ am Ruder sitzen. Aber mit dieser Provisorleistung haben sie sich auch sofort den Akt abgesetzt, auf dem sie saßen. Die Stadt wird unter Staatsaufsicht gestellt, der Etat von Staats wegen zwangsweise in Ordnung gebracht. Und das im schönen Bagerlande, auf das die Hitler- und Co. einst so große Hoffnungen gesetzt hatten.

Die Koburger Meite der Nationalsozialisten ist eine gute Lehre für die kommenden Gemeindeväppler. Wer Nationalsozialisten wählt, liefert die Selbstverwaltung der Gemeinden der staatlichen Zwangsaufsicht aus und beschwört außerdem die Gefahr kulturellen Rückschritts herauf. Nationalsozialisten sind eben Maulhelden. Darüber hinaus verstehen sie sich höchstens noch auf Schlagring- und Gummischlägerpolitik. Wo mehr verlangt wird, wo mit Verstand zu Werke gegangen und Weitblick gegeben sein muß, um einer besseren Lage zutreiben zu können, da müssen die Nationalsozialisten versagen. Koburg beweist's.

A. Leschke

bestrebungen in wüßtester Form die Tiefen des Acherons auf-gepeitscht, während ihre Drahtzieher in den Couleuren der französischen Rüstungspolitik ihre Geschäfte trieben.

Wahrhaftig, das ist der Gipfelpunkt politischer Verlogenheit. Man ist bereit, sich mit dem „Erbfeind“ zu verbünden, wenn er das Zugeständnis von 200 000 neuen Reichswahlleuten macht. Und wenn es um die herrlichsten Dinge der Patrioten geht, da sollten die Hintermänner Hugenbergs beiseite stehen? Sie sollten abseits bleiben, wenn Dr. Reichberg, der im Geruch demokratischer Gesinnung steht, über neue Aufrüstungspläne mit den Foch und Poincaré-la-guerre in Verbindung stand? Nein, das ist von den Landesverrätern nicht zu erwarten. Sie haben vorfänglich und bewußt eine Politik betrieben, die die Pläne der Reichsregierung, an der sie selbst beteiligt gewesen sind, offen hintertrieb.

Man erinnere sich des verlogenen Geschreis über den Locarnopakt, der, möge man über den Vertrag selbst denken wie man will, zum obersten Grundsatz hatte, die Grenzen zwischen Deutschland und Frankreich feierlich vor aller Welt als unabänderlich zu bezeichnen. Gerade gegen diesen Gedanken hegte die nationalisierende Presse der Hugenberge monatelang. Währendes verhandelten ihre Hintermänner über ein Bündnis mit Poincaré. Hat etwa Herr Dr. Altmann geglaubt, sich mit Poincaré zu verbünden, um dafür einige hunderttausend Mann neuer Soldaten auszutauschen, mit denen dann die in Locarno feierlich anerkannten Grenzen umgestoßen werden sollten?

Wahrhaftig, die Politik ist ein nicht immer sauberes Geschäft. Aber die Methoden der Deutschnationalen, die vorgeben, die politische Atmosphäre reinigen zu wollen, stellen selbst das niedrigste Schiebertum, das dereinst so reiche Blüte

trieb, weit in den Schatten. Das ist politische Preskerei im höchsten Sinne des Wortes. Aber man würde dagegen schließlich nichts sagen können, wenn die Hugenberg-Landesverräter ihre Pläne offen auf dem Markte der Politik vertreten hätten. In Wirklichkeit aber verfolgten sie in heuchlerischer Maske das Gegenteil. Damit sind die Hugenberge in der gesamten politischen Weltöffentlichkeit gerichtet für immerdar, und man könnte tatsächlich wünschen, daß der § 4 des Volksbegehrens Gesetz werden möchte, damit Handhaben geschaffen werden, diese Landesverräter in Großformat für dauernd hinter Zuchthausmauern zu bringen.

Nun erst wird freilich auch offenbart, warum sich das Leipziger Hugenbergsorgan, warum sich die Leipziger Neuesten Nachrichten mit so großer geschwehelter stillischer Entrüstung gegen die Enthüllungen der Nationalliberalen Korrespondenz gemeldet haben. Auch sie haben naturgemäß von den militärpolitischen Zielen der Landesverräter gewußt. Darum die bitteren Tränen, weil ausgesprochen die Deutsche Volkspartei, die wahrhaftig nicht pazifistisch ist, diese geheimnisvollen Treiberleuten aufzudecken geholfen hat.

Mit diesen Enthüllungen ist die Deutschnationale Volkspartei vor aller Welt entlarvt. Wenn immer ein deutscher Bürger irgendein Heißblatt Hugenbergischer Herkunft in die Hände nimmt, dann muß er sich im klaren sein, daß dessen Hintermänner das Gegenteil von dem treiben, was in der Presse vertreten wird. Das aber ist der Gipfelpunkt aller Verlogenheit, und die verlogene Gruppe der deutschen Politikanten hat noch den Mut, die breiten Massen der Wähler zu einem Volksbegehren aufzurufen, das bestenfalls dazu dienen könnte, die Hugenberg, die Altmann und Kompanie für dauernd unschädlich zu machen.

Hugenbergs Gang



„Mein wunderschönes Vogelhaus, es ist gang nahe hier. Mein Volksbegehren fällt es aus mit Paragraphen vier!“

Vanit in Wien

Folgen der Bürgerkriegshehe Sturm auf Banken und Sparkassen

SPD Wien, 24. September.

In ihrer Mittwochsausgabe stellt die „Arbeiterzeitung“ gegenüber den offiziellen Abkündigungen, daß sich die Beunruhigung der Bevölkerung infolge der Bürgerkriegshehe der Heimwehr nur allem durch die Abhebung von Spareinlagen bei den Banken und Sparkassen auswirke, folgendes fest:

„Der schlechteste Tag war in dieser Beziehung der Freitag der vergangenen Woche. Am Sonnabend und Montag haben die Abhebungen zwar angehalten, waren aber schwächer. Auch am Dienstag war die Bewegung wieder sehr stark. Es war in den Geldinstituten immer das gleiche Bild zu sehen, eine lange Reihe von Leuten, die vor dem Abhebungskassett ihre Gelder kündigten oder abhoben, während der Einlage-Schalter leer war. Vor einigen Minuten standen die Leute sogar auf der Straße an. Dies macht sich bei allen Instituten, auch bei solchen, die sich des größten Vertrauens des Publikums erfreuen, bemerkbar. Die allgemeine Anspannung, die sich über den ganzen Geldmarkt verbreitet, zeigt sich auch bereits daran, daß man sich gegen neue Kreditgewährung ängstlich verhält. Während auf der einen Seite viel Geld abgehoben wird, werden dafür ausländische Wafuten gekauft, vor allem Schweizer Franken. Es werden auch sehr viele österreichische Gelpartnisse, die bei den Banken abgehoben wurden, in Schweizer Bankhäusern wieder eingekauft.“

Die „Arbeiterzeitung“ erklärt schließlich, daß, wenn diese Bewegung andauern sollte, der österreichischen Wirtschaft schon für die nächsten Wochen sehr schwere Gefahren drohen.

Ministerrat

SPD Wien, 25. September.

Dem österreichischen Ministerrat, der sich am Dienstagabend mit der Frage der Verfassungsänderung beschäftigte, lag u. a. auch ein sogenanntes Anti-Terrorgesetz zum Schutze Arbeitswilliger und zum Schutze der Erwerbslosigkeit in den Betrieben vor. Der Ministerrat beschäftigte sich schließlich mit der in der Bevölkerung vorherrschenden Beunruhigung, die sich in Valutakäufen ausdrückt.

Vor einem Staatsstreich in Oesterreich?

Von Dr. Julius Deutsch, Wien.

Die „Heimatschutz-Zeitung“, ein Organ der österreichischen Heimwehrverbände, brachte dieser Tage einen alarmierenden Artikel „Die letzte Warnung“. In diesem Artikel wurde die Regierung aufgefordert zurückzutreten, um „einer starken Regierung Platz zu machen“, in der auch die Heimatswehr, die derzeit stärkste Machtgruppe im politischen Kräftefeld, den ihr gebührenden Einfluß besitzt.“ Den bürgerlichen Parteien wurde gedroht, daß sie von einer „Volksbewegung vollends verschlungen würden, wenn sie nicht den Entschluß fassen, das Staatsruder in die Hände neuer Männer zu legen, welche die Fähigkeit und die Macht haben, eine Gesundung unserer politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse durchzuführen.“ Der Zeiger geht auf 12. Die Parteien sind gewarnt, zum letztenmal!

Man könnte diese Drohungen der Heimwehr zu den übrigen legen; denn an derlei Drohungen hat es wahrlich in den letzten Monaten nicht gefehlt. Die Heimwehrführer haben keinen Aufmarsch vorübergehen lassen, ohne sich nicht in wilden und wüsten Drohreden zu ergehen. Es ist indes fraglich, ob die zahlenmäßige Macht der Heimwehren in den letzten Wochen wirklich erheblich größer geworden ist. Alles Bramaßbarsten der Führer der Heimwehrverbände vermog den nächsten Beobachter nicht darüber zu täuschen, daß da unter großem Geschrei sich verhältnismäßig wenig Wölfe verbirgt. Die Kesselle der bürgerlichen Zeitungen plustert die Heimwehr zu einer Volksbewegung auf, die sie in Wirklichkeit in diesem Maße gar nicht ist.

Die Heimwehr ist auch in den letzten Wochen das geblieben, was sie früher war, nämlich ein Sammelbecken aller möglichen unglücklichen, ja deklarierten Elemente, die von putzschifflichen Offizieren militärisch gedrückt werden. Die großen Massen des Volkes stehen sowohl in Wien, als auch in den übrigen Bundesländern Oesterreichs abseits. Aber wenn auch die Heimwehrbewegung an sich keineswegs eine zahlenmäßig überwältigende Macht darstellt, wäre es doch falsch zu verkennen, daß die politische Entwicklung sie nunmehr zu einer Gefahrenquelle ersten Ranges gemacht hat.

Die Gefahr liegt darin, daß sowohl die Regierung, als auch

Geheimnisvoller Funkalarm

Wien, 24. September.

In den letzten Tagen werden die Wiener amtlichen Stellen und auch Zeitungsredaktionen mit Anfragen bestürmt, die von Rundfunkhörern gestellt werden. Die Anfragen haben Mitteilungen des Rundfunks zum Gegenstand, von denen die Fragesteller behaupten, daß sie diese im österreichischen Rundfunk gehört hätten. So wurde, wie sie berichten, Montagabend durch einen unbefugten Sender eine Mitteilung verbreitet, daß der Student Hasemann freigelassen und der angebliche Mörder verhaftet worden sei.

Die „Wiener Mittagszeitung“ bringt heute die Meldung, daß in einem Häuserblock des achten Wiener Gemeindebezirks während der Nachrichtenendung des österreichischen Rundfunks folgende Mitteilung gehört wurde: „Hallo, Hallo! Hier Radio Wien. Mit Rücksicht auf die bevorstehenden Aufmärsche am 29. September wird der Rundfunk geraten, sich reichlich mit Lebensmittel zu versehen, da die Möglichkeit besteht, daß die Lebensmittelversorgung für einige Zeit unterbrochen wird.“

Der österreichische Rundfunk (Rawag), von dem die beiden genannten Meldungen natürlich nicht stammen, hat wegen dieser Meldungen, welche bei der Wiener Polizei und bei ihm vorgelegten Behörde des Rundfunkverkehrs (Reide) liegen, nun nach dem unbekanntem Sender, der unbefugte Alarmgerüchte verbreitet.

Provokation des Tiroler Landes- hauptmanns

Innsbruck, 25. September.

In Verantwortung einer sozialistischen Anfrage im Tiroler Landtag wegen der Waffenbestände bei der Landesregierung, stellte der Landeshauptmann fest, daß aus den beschlagnahmten Waffen tatsächlich Waffenlager gebildet worden seien. Da aber die Heimwehren eine geheime Organisation seien, und sich der Landesregierung als Notpolizei zur Verfügung gestellt hätten, würde die Landesregierung nicht zögern, im Bedarfsfalle diese Waffenbestände zur Ausrüstung der Heimwehren zur Verfügung zu stellen.

die bürgerlichen Parteien es nicht wagen, den Heimwehren entgegenzutreten. Die Auseinandersetzungen, die vom 17. bis 19. September im österreichischen Nationalrat geführt wurden, haben darüber eine sehr traurige Klarheit geschaffen; der christlich-sozialen Bundeskanzler Stresemann wagte sich gar nicht selbst ins Parlament, sondern überließ die Vertretung der Regierung seinem landbildnerischen Stellvertreter, dem Vizekanzler Schumy. Dieser erklärte am ersten Tage der Auseinandersetzung, daß die Regierung entschlossen sei, allen Putzschiffen mit den staatlichen Machtmitteln entgegenzutreten. Zwei Tage später aber war er bereits viel zurückhaltender geworden und deutete an, daß er persönlich keinen Putzschiff mitmachen, sondern eher zurücktreten werde.

War schon die Haltung des Regierungsvvertreters mehr als zaghaft, so ließen die Redner der bürgerlichen Parteien erkennen, daß sie vollends vor den Heimwehren die Segel streichen haben. Aus dem bürgerlichen Lager wird, das hat diese Parlamentsdebatte gelehrt, der Widerstand gegen einen gewaltsamen Vorstoß der Heimwehr nur sehr schwach sein! Wohl gibt es eine Anzahl bürgerlicher Politiker, die sich mannhaft zur Demokratie bekennen. Insbesondere die Führer der christlichen Gewerkschaften, die durch die Heimwehrgewerkschaften an unmittelbaren bedroht sind, scheuen sich nicht, sehr starke Worte gegen die Putzschiffen zu gebrauchen. Aber ob die Führer der christlich-sozialen Arbeiterschaft stark genug sind, sich im Lager der antimarxistischen Einheitsfront durchzusetzen, ist wieder eine Frage, auf die schwer eine Antwort zu geben ist. Im Lager dieser antimarxistischen Einheitsfront geht es nämlich drunter und drüber. Den meisten politischen Führern graut es wohl vor den putzschiffischen Heimwehren, aber nur wenige haben den Mut, dies zu sagen. So ziehen die einen hin, die andern her, können sich weder auf positive Forderungen einigen, noch die negativen Bedrohungen durch die Heimwehren abwehren und bieten alles in allem ein Bild der Zerfahrenheit und kläplicher Ratlosigkeit.

Die Verteidigung der Demokratie und der Verfassung ist zum allergrößten Teil auf das organisierte Proletariat übergegangen. Dort herrscht allerdings eine Kampfesentslossenheit wie nie zuvor. Eine wirkliche Volksbewegung ist über Nacht entstanden. Die Hunderttausende in ihrem Bann zogen. Niemals waren die Versammlungen der sozialdemokratischen Partei stärker besucht als jetzt, niemals war die Stimmung

begeisterter und niemals war der Zustrom zum Republikanischen Schutzbund stärker als in den Tagen, in denen die Heimwehren ihre Staatsstreichdrohungen in die Welt schleppten. Karl Seih, der Bürgermeister von Wien, hat dieser Tage in einer Versammlung des österreichischen Proletariat aus dem Herzen gesprochen, als er erklärte, daß sich die österreichische Arbeiterschaft selbst dann klar genug fühle, Verfassung und Demokratie zu schützen, wenn der behördliche Apparat verfallen sollte. „Da gibt es keinen“, so rief er aus, „vom Jüngling bis zum Aeltesten, der nicht jeden Augenblick bereit ist, seinen Mann zu stellen und mit seiner ganzen Person einzustehen für die Rechte des Volkes.“

Angehts der Kampfesentslossenheit der Arbeiterklasse und der guten Disziplin des Republikanischen Schutzbundes haben die Heimwehrblätter vorerst noch einmal zum Rückzug geblasen. Sie lassen jetzt verkünden, daß sie keineswegs einen Putzschiff oder einen Staatsstreich beabsichtigen, sondern nur darauf drängen wollen, daß das Parlament eine ihnen genehme Verfassungsänderung durchführe. Die akute Krise scheint durch diesen Rückzug der Heimwehren im Augenblick behoben zu sein. Aber man darf sich nicht darüber täuschen, daß sie morgen wieder in voller Stärke ausbrechen kann. In der Heimwehr kreuzen sich so viele einander widersprechende Interessen, Intrigen und persönliche Ambitionen, daß irgendein Unverantwortlicher leicht eine Abteilung mitreißen und zu Putzschiffversuchen zu bringen vermag. Was aus solchen Ereignissen entstehen kann, ist nicht vorauszusehen.

Von vielen Seiten wird, der Sonntag des 29. Septembers als ein „Vortag“ angesehen. In diesem Tage finden nämlich in der weiteren Umgebung Wiens vier Heimwehraufmärsche statt. Tags vorher werden in den gleichen Orten die Scharen des Republikanischen Schutzbundes aufmarschieren. Zur gleichen Zeit, in der die Heimwehroversammlungen stattfinden, werden die Sozialdemokraten Niederösterreichs in 700 Volksversammlungen zu den Massen sprechen. Bei dem Aufgebot solcher Massen kann es natürlich zu Zwischenfällen kommen, die sich unter Umständen zu größeren politischen Ereignissen ausweiten. Aber es ist immerhin zu hoffen, daß der 29. September zu keiner ersten Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung in Oesterreich führt; denn angelegte Revolutionen pflegen nicht einzutreten.

Damit soll keineswegs gesagt sein, daß für die nächste Zukunft keine Gefahren bestehen. Ob ein Putzschiff am 29. September oder an einem anderen Tage gewagt wird, vermag heute niemand vorauszusehen. Aber sicher ist, daß jeder Putzschiffversuch auf den unbefugten und entschlossenen Widerstand der organisierten Arbeiterklasse stoßen wird.

Auch Herr v. d. Lippe gibt zu Die Erklärung eines Zuchthauskandidaten

Berlin, 24. September.

Generalleutnant a. D. von der Lippe teilt folgendes mit:

„Nach Durchsicht der „Nationalliberalen Korrespondenz“ vom Dienstag, dem 24. September, in der ich erwähnt werde, bin ich gezwungen zu betonen: Ich habe vor meiner Abreise nach Paris im Frühjahr d. J. offizielle Persönlichkeiten und prominente Abgeordnete und Wirtschaftsführer sowohl der deutschen Rechten, als auch der Mittel- und Linksparteien informiert. Das Auswärtige Amt vorher zu informieren, habe ich aus dem Grunde unterlassen, weil ich mit einem etwaigen Mißerfolg meiner Pariser Unterredungen die offizielle Politik des Auswärtigen Amtes nicht belasten wollte. Als ich jedoch in Paris ein greifbarer Erfolg meiner Unterredungen abzusehen begann, habe ich den deutschen Vorkämpfer, Herrn von Joseph, und nach meiner Rückkehr in Berlin den Staatssekretär von Schubert informiert.“

Die Unterstellung der „Nationalliberalen Korrespondenz“, ich hätte mich unvorsichtig von den Franzosen über den militärischen Wiederaufbau Deutschlands aushorchen lassen, muß ich entschieden zurückweisen. Es ist außerdem vor französischer Seite nicht der mindeste derartige Versuch gemacht worden. Die Unterredungen haben sich, soweit militärische Fragen erörtert worden sind, ausschließlich auf die Modalitäten einer engen deutsch-französischen militärischen Zusammenarbeit beschränkt.

In Darmstadt, wo die Deutschnationalen am Dienstag ihre Offensive für das Volksbegehren einleiteten, mußte die Versammlung des Finanzrates Dr. Bang vorzeitig von der Polizei geschlossen werden. Die polizeiliche Maßnahme erfolgte, um eine Schlägerei zwischen Anhängern und Gegnern des Volksbegehrens zu verhindern.

Ein „Blod der Mitte“

Die Demokratische Partei und das Zentrum haben für die Provinzial-Landtagswahlen in den Regierungsbezirken Potsdam und Frankfurt a. d. Oder ein Wahlbündnis geschlossen und die Aufstellung gemeinsamer Listen vereinbart. Die Demokraten haben dem Zentrum ausdrücklich die Wahrung seines bisherigen Besitzstandes an Mandaten zugesichert. Die gemeinsamen Listen beider Parteien werden unter der Flagge „Blod der Mitte“ tegeln.

Der Raiffeisenstandal

Herrenmensch Dietrich legt die Preußenkasse hinein

SPD Die Vernehmung des früheren Präsidenten der Preußenkasse, Semper, durch den Untersuchungsausschuss des Reichstages...

Antwort Semper: „Ja, bei der letzten Notlage der Landwirtschaft kann der einzelne Landwirt auch keine 40 Mark aufbringen.“

Zeitung Präsident der Preußenkasse, Kieppert: „Wie wenig die 40 Millionen von der Raiffeisenbank aufgebracht werden konnten, ergibt schon daraus, daß bei der Abschreibung des Aktienkapitals von insgesamt nur 18 Millionen über die Hälfte der angeschlossenen Genossenschaften bankrott gegangen wären...“

Frage des Berichterstatters an Semper: „Wie kommt es, daß nach dieser Unternehmung zwar sofort ein Kredit von 24 Millionen gegeben wurde, daß aber eine Revision der Raiffeisenbank durch die Preußenkasse erst ein halbes Jahr später einsetzte?“

Berichterstatter: „Hätten nicht Dietrichs Mittelungen auf Sie alarmierend gewirkt?“

Semper: „Wann bestimmt?“

Berichterstatter: „Mithin ist die Richtigkeit Ihrer Maßnahmen darauf zurückzuführen, daß Sie von Dietrich durch Verschweigung wesentlicher Tatsachen hintergangen worden sind.“

Semper: „Objektiv betrachtet, bin ich von ihm getäuscht worden, indem er mir die wichtigsten Tatsachen verschwiegen.“

Die Interparlamentarische Handelskonferenz

Ausprache über die Nationalisierung

SPD Die Interparlamentarische Handelskonferenz beschäftigte sich am Dienstag mit den Ergebnissen der Ausschüßungen. Es lagen zwei von dem Engländern...

Obwohl es in der Kommission zu keiner einheitlichen Auffassung über die vorliegenden Fragen gekommen war, nahm die Plenarsitzung die bereits mitgeteilten Resolutionen Hennon und Brüning an.

Wegen Spionage erschossen. In Wien ist infolge eines kriegsgerichtlichen Urteils ein Pole namens Prago erschossen worden.

Bericht der Abrüstungskommission

Heute Schlußsitzung des Völkerbundes

SPD Genf, 24. September.

Der Bericht der Abrüstungskommission wurde am Dienstag von der Vollversammlung des Völkerbundes gebilligt. Der Bericht beschränkt sich auf ein paar farblose Begleitworte zu der Entschließung Politis, da ein französischer Vorklag in erster Stunde an der Aufmerksamkeit Englands gescheitert war.

Außer dem Berichterstatter nahm zu dem Bericht nur Lord Cecil das Wort, der noch einmal seine warnende Stimme gegen ein Abrüstungsabkommen ohne Abrüstung erhob. Er wies auf die Fortschritte in den Fragen der Schiedsgerichtsbarkeit und der Kriegsverhütung hin, die diese Völkerbund-Versammlung gebracht hatte und versicherte, daß England alles tun werde, damit man nicht auf dem Plage trete, sondern vorwärts gehe. Die Völker seien weiter als die Regierungen. Cecil sprach dann von der englisch-amerikanischen Flottenvereinbarung, betonte aber, daß die Flottenabrüstung nur ein Teilproblem des Ganzen sei. Alle Rüstungen müßten in gleicher Weise abgebaut werden. Wiederholt wies Cecil auf die Bedeutung der Beschränkung des Kriegsmaterials hin, die noch wichtiger sei als die Verminderung der Zahl der Soldaten. Die Kriegsmaterial-Beschränkung bilde das Rückgrat der Abrüstung, denn mit der Verminderung des Kriegsmaterials entziehe man dem zukünftigen Krieg ein Hauptwerkzeug.

Angenommen wurde ferner ein Antrag, die deutschen Kriegserhaltungsvorschläge der Sicherheitskommission zur Aus-

arbeitung eines allgemeinen Abkommens zu überweisen. Der Völkerbundrat soll für eine Verwirklichung des Entwurfes über finanzielle Hilfeleistung an angegriffene Staaten sorgen. Der französische Berichterstatter nannte diesen Entwurf „den ersten präzisesten Ausdruck der Solidarität der Völkerbundmitglieder gegen einen Angriff“.

Die Kommission zur Ausarbeitung einer Kontrolle der Waffenfabrikation will ihre Arbeiten beenden, wenn die vorbereitende Abrüstungskommission entschieden hat, in welcher Weise eine Kontrolle des Kriegsmaterials im allgemeinen zu erfolgen hat. Eine Studienkommission hat die Angleichung des Völkerbundvertrages an den Kellogg-Pakt auszuarbeiten und der nächsten Bundesversammlung ihre Ergebnisse zu unterbreiten. Die Konferenz für eine Kodifikation des Völkerrechts soll am 18. März 1930 im Haag zusammentreten. Die Frage schnellerer und umfangreicherer Ratifikationen der Völkerbundabkommen ist durch eine Sonderkommission bis zur nächsten Vollversammlung zu prüfen.

Die Entschließung über den Artikel 19 der Völkerbundakte wurde von der Rechtskommission der Versammlung in der Fassung der Unterkommission einstimmig angenommen. Die Mächte der kleinen Entente und Polen gaben Erklärungen ab, in denen betont wird, daß die Entschließung sich im Rahmen des Artikels 19 bewege und keine anderen Paragraphen des Paktes verleihe. Japan ließ nochmals unwidersprochen feststellen, daß nichts in der Entschließung enthalten sei, was nicht nur die ungleichen Verträge Chinas, sondern alle Verträge, die im Anwendungsbereich des Artikels 19 liegen, betrieft.

Der Aufstand in China

Unruhen auch in Turkestan

III Peking, 24. September.

Das Oberste Gericht der chinesischen Republik hat gegen den Führer der Aufständischen in der Provinz Hupe, General Tschangfa-wei, einen Steckbrief erlassen, in dem auf den Kopf des Generals eine Belohnung von 15 000 chinesischen Dollar ausgesetzt wird. Tschangfa-wei ist vom Obersten Gericht wegen Hochverrats in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden. Wei sind Generale, die Tschangfa-wei in seinem Kampf gegen die Nanjing-Regierung unterstützt haben, degradiert und aus dem Dienst der chinesischen Armee entlassen worden.

Wie verlaufen, sind auch in China-Turkestan Unruhen ausgebrochen. Aufständische hätten versucht, die Stadt Katschgar zu besetzen. Den Nanjing-Truppen sei es jedoch gelungen, die Aufstandsbewegung zu unterdrücken.

Eine Schlappe der Regierungstruppen

Wie Reuters aus Hankau meldet, sind drei Dampfer, die sich mit 5000 Mann Regierungstruppen an Bord auf der Fahrt von Hankau Itomauwärts befanden, bei Tschang von den Streitkräften Tschangfa-weis, die sich auf dem Umland an Kanton befinden, beschossen und nach heftigem Kampf beschlagnahmt worden. Bei dem Kampf soll es 50 Tote und mehrere hundert Verletzte gegeben haben.

Blutige Wahlschlacht in Mexiko

III Mexiko, 24. September.

Nach einer Meldung der Associated Press aus Mexiko ist es im Staate Veracruz zu heftigen Unruhen und Krawallen gekommen. Im ganzen Staate Veracruz werden zur Zeit die Wahlen zu den Stadiparlamenten vorgenommen, und bei den Unruhen sollen am Sonntag im ganzen Staate 150 Menschen getötet und mehrere hundert verletzt worden sein. Unter den getöteten Personen soll sich auch der Neffe des Präsidentenstandkandidaten Drija Kubo befinden. Wie es scheint, haben sich die schwersten Unruhen in den Städten Drija Kubo und Cordoba abgespielt.

Die ägyptische Krise

III London, 24. September.

Nach Meldungen aus Alexandria sind die Verhandlungen über die Umbildung des Kabinetts zum Stillstand gekommen. Ministerpräsident Ramut Wahsa verlangt von der Wafd-Partei vor der Aufnahme in ein Koalitionskabinett die Annahme des englisch-ägyptischen Vertragsentwurfes, auf dessen Grundlage dann die Wahlen durchgeführt werden sollen, während die Wafd-Partei den Standpunkt vertritt, daß ein solches Abkommen ihrer Parteipolitik widerspreche. Sie verlangt den Rücktritt des Kabinetts und die Bildung eines Zwischenministeriums, das Wahlen auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts durchführt. Da mit einer Mehrheit der Wafd-Partei im neuen Parlament zu rechnen ist, würde dann die Wafd-Partei die Ratifizierung des Vertrages verhindern und versuchen, in neuen Verhandlungen bessere Bedingungen für Ägypten herauszuholen. Eine Klärung der Krise wird erst erwartet, wenn die englische Regierung auf folgende Fragen Antwort gibt: 1. Ob sie tatsächlich auf die Durchführung der Wahlen auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts als Voraussetzung für die Ratifizierung des Vertrages besteht und 2. ob der gegenwärtige Vertrag das äußerste Zugeständnis der Regierung darstellt, oder ob sie bereit ist, gegebenenfalls mit der Wafd-Partei in neue Verhandlungen einzutreten, wenn diese die Ratifizierung des Vertrages ablehnt.

Araberüberfall auf ein Rinderdorf

Der Sonderberichterstatter der III meldet: In der Nacht zum Dienstag ist das sogenannte Rinderdorf Farhan Valadin von einer Beduinensbande überfallen worden. Der einzige Wächter des Dorfes wurde niedergemacht. Unmittelbar nach ihrem Eindringen schnitten die Beduinen die Telefonverbindung ab. Das gesamte Vieh wurde geraubt. Als nach erheblicher Verpölung eine Truppenabteilung heranrückte, waren die Beduinen bereits wieder verschwunden. Die libische religiöse Hochschule im Hedron verlangt von der Regierung in Jerusalem 12000000 Mark für die ermordeten 35 Schüler. Außerdem haben noch eine Reihe amerikanischer und litauischer Bürger Ansprüche geltend gemacht. — Das Rinderdorf Farhan Valadin wird von ukrainischen Pogromwälfen bewohnt. Die Verwaltung des Dorfes liegt zum Teil in den Händen der Araber selbst.

Die zweite Zone am 1. Dezember frei

III Berlin, 24. September.

Das französische Oberkommando in Mainz hat mitgeteilt, daß Ehrenbreitstein spätestens am 30. November geräumt sein werde. Damit ist am 1. Dezember die zweite Zone von der Besatzung frei.

Reynaud erklärt

SPD Paris, 25. September.

Der französische Abgeordnete Reynaud läßt durch die Habas-Agentur von Mexiko aus, wo er sich gegenwärtig aufhält, folgende Erklärung verbreiten:

„Im Verlauf einer Studienreise nach Berlin habe ich Besprechungen mit Vertretern der verschiedenen politischen Parteien, wie Stresemann, Breitscheid und Abgeordneten des Zentrums gehabt. Herr Reichberg schlug mir vor, durch Vermittlung des Generals v. Tappe auch mit Persönlichkeiten der Rechten zusammenzukommen. Ich nahm den Vorschlag an, mag ihm aber so wenig Bedeutung bei, daß ich weder zur Presse noch zu meinen Amtskollegen davon gesprochen habe.“

Auch von deutschnationaler Seite folgt Erklärung auf Erklärung, von denen die eine lauter ist als die andere. Es bleibt dennoch dabei, daß die Deutschnationalen die Verhandlungen mit Frankreich immer und immer wieder als Verrat bezeichnet haben, selbst derartige Verhandlungen gesucht und geführt haben. Die Doppelmoraligkeit deutschnationaler Politik und die Verlogenheit deutschnationaler Agitation wird selbst durch die längsten und faulsten Ablenkungsmanöver nicht aus der Welt geschafft.

Zusammenstöße in Berlin

SPD Berlin, 25. September.

Nach Schluß der Eugen-Berg-Versammlung im Sportpalast kam es Dienstagabend, gegen 24 Uhr, noch in der Schlichterstraße, Blumenstraße und an der Waisenbrücke zu Zusammenstößen. Es entspann sich eine wilde Schlägerei, in deren Verlauf nach Blättermeldungen mehrere Schüsse gefallen waren. Die Polizei mußte starke Kräfte einsetzen und mit dem Gummiknüppel die Menge zerstreuen. Sechs Personen wurden zwangsgeführt, zwei Verletzte nach der Rettungswache gebracht.

Am Dienstag kam es an der Waisenbrücke im Osten Berlins zu einem blutigen Zwischenfall, der bisher noch nicht restlos aufgeklärt worden ist. Aus einem Straßenbahnwagen fielen plötzlich mehrere Schüsse, die von fünf bis sechs Burken abgegeben worden waren. Ein vorerst noch unbekannter Mann wurde durch einen Schuß so schwer verletzt, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Die Polizei hielt den Straßenbahnwagen sofort an und verhaftete sechs Personen, unter denen sich vermutlich die Täter befinden. Es wird angenommen, daß der Bluttat politische Motive zugrunde liegen.

Kampf zwischen Nazis und Kommunisten

III Saarbrücken, 25. September.

Ein böses Ende nahm in Bischmisheim eine von den Nationalsozialisten einberufene Versammlung. Gleich nach Beginn der Versammlung kam es zu wilden Auseinandersetzungen zwischen Hitler-Anhängern und Kommunisten. Es entwickelte sich eine Schlägerei, die schließlich in eine wahre Straßenschlacht ausartete. In dem allgemeinen Streit wurden mehrere Schüsse abgefeuert, wodurch drei Personen erheblich verletzt wurden. Außerdem erlitten mehrere Teilnehmer Schlag- und Stichverletzungen. Ein Heberfallkommando der Landjäger nahm den Teilnehmern die Schusswaffen, Schlagringe und Stöcke ab. Inukerdem nahm die Polizei eine Reihe von Verhaftungen vor. Die Nationalsozialisten wurden bereit in die Enge getrieben, daß sie unter polizeilichem Schutz nach Saarbrücken zurückgeleitet werden mußten.

Landbündler und Reichsausschuß

III Berlin, 25. September.

Der Reichslandbund teilt mit: Der Bundesvorstand des Reichslandbundes nahm in einer außerordentlichen Vorstandssitzung am 25. September zu den Ergebnissen der Verhandlungen im Reichsausschuß für das Volksbegehren Stellung. Der Bundesvorstand stellt sich einmütig hinter die vom Präsidenten des Reichslandbundes, Minister a. D. Dr. Schiele, im Reichsausschuß zum Ausdruck gebrachten Auffassungen. Der Bundesvorstand ermächtigt das Präsidium ausdrücklich, auch weiterhin die besondere Stellung des Reichslandbundes als Glied der nationalen und der grünen Front gebührend zur Geltung zu bringen. Der Reichslandbund wird seine gesamte Organisation mit äußerster Energie dafür einsetzen, daß die nationale Aktion des Volksbegehrens gegen Young-Plan und Kriegsschuldfrage im deutschen Landvolk zur stärksten Wirkung kommt.

Kriebel als Nachfolger Bauers

III London, 24. September.

Der diplomatische Korrespondent des Daily Telegraph meldet: Nach Berichten aus Nanjing hat Präsident Tschangfa-wei kürzlich den Oberst a. D. Kriebel zum Nachfolger des verstorbenen militärischen Ratgebers Oberst Bauer ernannt. Oberst a. D. Kriebel hat früher dem deutschen Generalstab angehört.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hermann Heberich in Leipzig. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Hugo Senfhaus in Leipzig. Druck und Verlag: Leipziger Volkszeitung, Altensteinstraße 12/13.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Verbandsstag der Holzarbeiter

SGD Bremen, 24. September.

Am Dienstag erstattete Reichstagsabgeordneter Graßmann, Mitglied des Vorstands des ADGB, auf dem Holzarbeiterverbandstag ein groß angelegtes Referat über den Kampf um die Arbeitslosenversicherung.

Graßmann betonte, daß das Schicksal des Gesetzes über die Aenderung der Arbeitslosenversicherung heute noch nicht abzusehen sei; jedoch würde eine Regierungskrise aus Anlaß dieses Gesetzes nicht zur Klärung der sozialpolitischen und politischen Situation beitragen. Gegenüber der Frage der Arbeitslosenversicherung müsse man immer im Auge behalten, daß es sich um ein neues Gesetz handle, für das noch keine Erfahrungen in der Praxis vorliegen. Ein so umfassendes Gesetz könne nicht in allen Teilen von Anfang an reibungslos funktionieren. Es hätten sich kleinere Mängel verschiedener Art gezeigt. Gewerkschaften und Sozialdemokratie seien von Anfang an für die Abstellungen offener Mängel eingetreten. Aber für die Gegner der Arbeitslosenversicherung sei die Beseitigung der Mängel gar nicht der Hauptzweck ihres Kampfes. Ihr Kampf gegen die Arbeitslosenversicherung helle vielmehr den Auftakt im Kampfe gegen die gesamte Sozialpolitik dar. Der Abwehrkampf wäre aussichtsreicher, wenn die Kommunisten der Arbeiterschaft nicht in den Rücken fallen würden. Im Ausschuß des Reichstags hätten sie bereits wichtige Anträge der Sozialdemokratie durch Stimmenthaltung zu Fall gebracht. Andererseits bestünde die Gefahr, daß bei einer offenen Regierungskrise eine reaktionäre Regierung ans Ruder komme, die bedeutend schlimmere Verschlechterungen der Versicherung durchsetze, als es die bürgerlichen Parteien jetzt vermögen.

Der Vortrag Graßmanns wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. In der Debatte gab Veitner-Zwickau seiner Meinung dahin Ausdruck, daß der ADGB den Kampf um die Arbeitslosenversicherung nicht energisch genug führe. Man dürfe ein unter einer bürgerlichen Regierung geschaffenes Gesetz unter der jetzigen Koalitionsregierung nicht verschlechtern. Interessant waren die Ausführungen, die Mosanz-Parchim in der Debatte machte. Er sei für Sozialdemokratischen Partei übergetreten, weil er die kommunistische Seite nicht mitmachen konnte, und hoffe, daß alle einsichtigen kommunistischen Gewerkschafter ihm folgen würden. Der Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes Tarnow legt dann dem Verbandstag zur Arbeitslosenversicherung folgende Entschließung vor:

„Der Verbandstag erkennt in den Anschlägen gegen die Arbeitslosenversicherung nicht nur den Ausfluß sozialer Reaktion, sondern auch die zielbewusste Absicht, die Widerstandskräfte der Arbeiter zu schwächen, um die Löhne drücken zu können. Angeht die technische Rationalisierung, die die Zahl derjenigen vergrößert, die schuldlos aus dem Arbeitsprozess hinausgeworfen werden, zeugen die Angriffe gegen die Arbeitslosenversicherung von einem besonderen Grade von Brutalität. Der Verbandstag verurteilt die Notwendigkeit, etwaige Mißbräuche abzustellen. Er erklärt sich auch damit einverstanden, daß durch eine Erhöhung der Beiträge das finanzielle Fundament der Versicherung verstärkt und gesichert wird. Um so entschiedener legt er Protest ein gegen die Bestrebungen, die einen allgemeinen Abbau der Unterstützungsleistungen zum Ziele haben. Der Verbandstag hat Kenntnis genommen von der Stellung, die der ADGB und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bisher in dieser Angelegenheit eingenommen haben. Er billigt dieses Verhalten und hat das Vertrauen, daß diese beiden Körperschaften auch weiterhin alles tun werden, was unter Ausnutzung aller gegebenen Möglichkeiten zur Erhaltung der Arbeitslosenversicherung getan werden kann.“

Tarnow verweist zur Erläuterung der Resolution darauf, daß man in der Frage der Arbeitslosenversicherung mit den tatsächlichen Machtverhältnissen im Parlament rechnen müsse. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und der ADGB seien sich in der Frage der Arbeitslosenversicherung vollkommen einig. Die Opposition auf dem Verbandstag habe keinen Grund, sich zu beschweren, daß man mit ihr zu stark ins Gericht gehe. Die unerschämten Angriffe der Kommunisten würden zu entsprechenden Antworten zwingen. Die Debatte des Verbandstages hätte, so schloß Tarnow seine Ausführungen, auf hohem Niveau gestanden; sei sie die erste gewesen, die der Verband bisher in der Nachkriegszeit erlebt habe. Diese Entwicklung müsse sich auch in Zukunft fortsetzen. Darauf wurde dem Antrag der Revisionen auf Entlastung des Kassierers zugestimmt.

Es folgt die Abstimmung über die Arbeitslosenversicherungs-Entschließung, die mit allen gegen 6 Stimmen angenommen wird.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung berichtet der zweite Vorsitzende des Verbands, Schleicher, über die Lohnbewegung im verflochtenen Jahre. Eine große Gefahr sei das Ueberhandnehmen des Streikbruchs durch Reichsparteiler und durch Stahlhelmleute. Die kommunistischen Parolen lämen ebenfalls der Stärkung der Streikbrecher zugute. Die weitere Gestaltung des Tarifwesens könne nicht durch starre Beschlüsse festgelegt werden, sondern müsse sich aus der jeweiligen Situation ergeben.

Fachgruppe der Ofenseher

Da in den letzten Versammlungen immer wieder Verstöße gegen gewerkschaftliche Grundzüge und den Tarif zur Sprache kamen, sah sich die Fachgruppe genötigt, eine Reihe Beschlüsse zu fassen, um dem Anwesen zu feuern. Die Beschlüsse werden nachstehend bekanntgegeben:

1. Bei zukünftigen Verstößen sind die schärfsten Maßnahmen zu ergreifen.
 2. Alle zugereisten Kollegen haben sich beim Fachgruppenvorsitzenden Fritz Großmuis, Leipzig C 1, Körnerstraße 7, IV, unverzüglich anzumelden.
 3. Schärfere Handhabung der Buchkontrolle in den Geschäften. Kein Kollege hat das Recht, einem andern die Einsicht in sein Verbandsbuch zu verweigern.
- Es ist uns gelungen, die Fensterfrage für die Zukunft tariflich verbindlich zu regeln. Sie läuft vom 1. Oktober bis zum 30. April 1930.
- Die Leitung ersucht die Kollegschaft, ihr bei der strikten Durchführung der Beschlüsse zur Seite zu stehen.
- Deutscher Bauergewerksbund, Bangewerkschaft Leipzig, Fachgruppe der Ofenseher.

Arbeitszeitverkürzung im Braunkohlenbergbau

Der Schiedsspruch in der Mehrarbeitsfrage vom 29. September 1928 sah eine stufenweise Verkürzung der Arbeitszeit im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau vor. Die letzte Verkürzung während der Laufdauer des Mehrarbeitsabkommens tritt am 1. Oktober d. J. ein. Für die Tages- und Abraumbetriebe beträgt die Arbeitszeit ab 1. Oktober 8½, die Schichtzeit 9½ Stunden. In den Fabriken, Kesselhäusern, chemischen Nebenbetrieben, Maschinenhäusern und einzelnen durchlaufenden Betrieben wird nur die Schichtzeit auf 9½ Stunden verkürzt. Um eine geordnete, dem Tarifvertrag entsprechende Regelung der neuen Arbeitszeit herbeizuführen, ist es notwendig, daß sich die Betriebsvertretungen sofort mit den Meisterleitungen in Verbindung setzen und die Arbeitszeit ab 1. Oktober festlegen. Unter keinen Umständen dürfen die Betriebsräte ohne Zustimmung der Organisationsleitungen vom Tarifvertrag abweichende Regelungen der Arbeits- und Schichtzeit treffen. Auf allen Betrieben des Braunkohlenbergbaues muß die Arbeitszeit entsprechend der tarifvertraglichen Regelung zur Durchführung gelangen.

Vor neuen großen Arbeitskämpfen?

Zur Kündigung des Lohntarifs im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau

Wieder einmal soll das Braunkohlengruben östlich und westlich der Elbe zum Schauplatz einer Auseinandersetzung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern über die Lohnfrage werden. Ende November d. J. läuft die seit Oktober 1928 gültige Lohnliste ab. Sie kann also erstmalig zu diesem Termin gelündigt werden. Seit Oktober 1928 haben sich die wirtschaftlichen Verhältnisse wesentlich geändert. Die Lebenshaltung ist teurer geworden. Die Arbeiter leiden schwer darunter. Trotz aller gegenteiliger Behauptungen, insbesondere des Herrn Generaldirektors Dr. Platisch, haben sich, obwohl die Arbeitszeit verkürzt und die Löhne erhöht wurden, die Betriebsergebnisse im mitteldeutschen Bergbau günstiger gestaltet. Die Leistungen und Förderergebnisse sind gestiegen und damit haben sich auch die Betriebsergebnisse erhöht. Es sind also alle Voraussetzungen für eine Revidierung der Löhne geschaffen.

Zu diesem Zwecke fand denn auch am Sonntag, dem 22. September 1929, in Halle unter Leitung des Bergbauindustrieverbandes eine von über 550 Gewerkschaftsfunktionären aller am Braunkohlentarifvertrag beteiligten Gewerkschaften besetzte Konferenz statt. Das einleitende und zugleich richtunggebende Referat hielt der zweite Vorsitzende des Bergbauindustriearbeiter-Verbandes, Kamerad Schmidt, Bochum. Seinen Ausführungen entnehmen wir die nachstehenden Gedankengänge.

Seit der letzten Lohnhöhung haben sich die wirtschaftlichen Verhältnisse sehr zuungunsten der Arbeiter geändert. Der reale Lohnwert hat sich gesenkt. Andererseits stellen gegenüber früher die Bergarbeiter heute mit Recht andere, nichtdestoweniger aber berechtigtere Forderungen an das Leben. Die Bergarbeit ist schwer. Die Desinfektion wird es daher verstehen, wenn diese wichtige Arbeitergruppe verlangt, daß ihr ein auskömmlicher Lohn bezahlt wird.

Die Wirtschaftlichkeit des Braunkohlenbergbaues ist ganz wesentlich günstiger geworden. In den Tagebaubetrieben wurden 1918 östlich der Elbe 25 848 Tonnen Braunkohle gefördert. Im ersten Quartal 1928 waren 44 371 Tonnen. Das ist eine Leistungssteigerung von 71,7 Prozent. Westlich der Elbe, in den sogenannten Kohrevieren, wurden 1918 38 685 Tonnen gefördert. 1928 waren es 60 701 Tonnen. Das ist eine Leistungssteigerung von 80,4 Prozent. Demgegenüber beträgt die Belegschaftszunahme in derselben Zeit etwas über 10 Prozent. Die Breitenfabrikation hat sich in derselben Zeit in den östlichen Gebieten um 78,8 Prozent und in den westlichen, einschließlich Kassel, um 101,1 Prozent erhöht. Steigerung der Produktion bei Abbau der Belegschaftsziffern, das ist auch das Ergebnis der Technisierung im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

Auch die Gewinne sind bei einer ganzen Anzahl größerer Unternehmen, wie aus den Geschäftsberichten zu ersehen ist, gestiegen. Dividenden wurden verteilt in der Höhe von 8 bis 12 Prozent; die Abschreibungen sind teilweise ganz enorm. Der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau ist nach alledem durchaus in der Lage, eine Lohnerhöhung zu tragen. Schmidt schloß seine Ausführungen mit den Worten: Eine Lohnerhöhung ist notwendig, sie ist auch wirtschaftlich zu tragen. Die organisatorischen Kräfte reichen aus, einen gewerkschaftlichen Kampf für die Erfüllung unserer Forderungen seitens der Unternehmer durchzuführen. Die Ausführungen des Kameraden Schmidt wurden von den Anwesenden mit sichtbarem Interesse aufgenommen. Anschließend sprach Kamerad Reddigau noch im einzelnen über die vorgelegenen Forderungen, die den Unternehmern überreicht werden sollen.

Die nachfolgende Aussprache war außerordentlich lebendig. Es kamen Arbeiter aus allen mitteldeutschen Revieren zu Wort. Alle Kameraden, ganz gleichgültig, welcher Organisation sie angehörten und aus welchem Revier sie kamen, stimmten vorbehaltlos den Ausführungen Schmidts zu. Der Wunsch aller Diskussionsredner ging insbesondere dahin, die Lohnaruppeneinteilung umzugestalten. Die heutigen Spannungen in der Lohnhöhe zwischen den einzelnen Gruppen sei — so wurde ausgeführt — völlig unhaltbar.

Die sogenannte Opposition, die schon seit Wochen einen sehr heftigen Presskampf, insbesondere gegen die Gewerkschaftsleitungen führt, trat sozusagen überhaupt nicht in Erscheinung. Nur ein Kamerad aus dem Jelder Revier unternahm es, die schon seit langer Zeit in der kommunistischen Presse bekanntgegebenen Forderungen der Konferenz zu empfehlen. Er überreichte der Leitung der Konferenz die allgemein bekannten kommunistischen Forderungen in einer Entschließung. In seinem Schlußwort wies der Kamerad Schmidt darauf hin, daß die geforderte Kündigung des Mehrarbeitsabkommens während der Laufdauer des Vertrages nicht möglich sei und daß zunächst die Lohnfrage und die damit in Verbindung stehenden Angelegenheit in einer gesonderten Lohnbewegung geregelt werden müßten. Im übrigen forderte er die Funktionäre auf, in den nächsten Wochen vor der Lohnbewegung alles zu tun, um eine Einheit im Vorgehen herzustellen. Er fand den ungeteilten Beifall der Konferenz. Mit über 500 gegen 13 Stimmen wurde dann eine von den Gewerkschaftsleitungen eingereichte Entschließung angenommen, die wir bereits am Montag veröffentlichten.

Die Konferenz hat ein Bild musterträuglicher gewerkschaftlicher Disziplin. Das ist ein gutes Zeichen für das Gelingen der eingeleiteten Lohnbewegung. Mit einem ansehnlichen Schlußwort und einem Hoch auf die Gewerkschaften schloß der Kamerad Reddigau die imposante Konferenz der mitteldeutschen Braunkohlenindustriearbeiter.

Anfall- und Brandkatastrophen

Verhängnisvolle Jugendgleitungen

WIB Moskau, 24. September.

Von einem Personenzug auf der Strecke Moskau—Sibirien entgleisten 80 Kilometer von Wjatta entfernt sechs Wagen, von denen zwei völlig zertrümmert wurden. 45 Personen wurden getötet, 26 schwer und 10 leicht verletzt.

WIB Saint Clair (Pennsylvania), 24. September.

Ein Güterzug der Pennsylvania-Eisenbahn-Gesellschaft mit 34 Kohnwagen jagte hier infolge Verzögerens der Bremsen mit großer Geschwindigkeit eine abschüssige Bahnhofsrampe hinab. Nach einigen Kilometern lösten sich 20 der Kohnwagen los und stürzten von dem Bahndamm auf die Landstraße. In der Dunkelheit fuhr eine Frau mit ihrem Automobil in die Wagen hinein und wurde schwer verletzt. Der Lokomotivführer des Güterzuges gelang es schließlich nach 8 Kilometer toller Fahrt, die Lokomotive und die zwei noch anhängenden Güterwagen zum Halten zu bringen.

WIB Berlin, 25. September.

Am Dienstagabend um 20 Uhr stieß an der Ecke von Grunewald- und Hauptstraße ein gutbesetzter Omnibus mit einem Straßenbahnzug zusammen. Die Feuerwehr mußte zehn verletzte Fahrgäste nach der nächsten Rettungsstelle schaffen. Zwei schwer verletzte waren schon kurz vor Ankunft der Feuerwehr fortgeschafft worden. Die beiden Fahrzeuge waren so schwer beschädigt, daß sie abgeschleppt werden mußten.

Verunglückte Flugzeuge

WIB London, 24. September.

In Hambrook bei Bristol stürzte am Montagabend ein Hebungsluftzeug eines Klubs ab, wobei zwei Personen getötet wurden. In Grantham stürzte ebenfalls ein Hebungsluftzeug der englischen Luftstreitkräfte ab, wobei der Flugführer getötet und der Pilot schwer verletzt wurde. Mit diesem Unfall haben die englischen Luftstreitkräfte durch Flugzeugabstürze in diesem Jahre den Verlust von 31 Menschenleben zu verzeichnen.

WIB Paris, 24. September.

Bei Merdj-es-Serga sind heute früh, wie Havas aus Casablanca meldet, die Triimmer eines Flugzeuges an Land gespült worden. Die Untersuchung hat ergeben, daß es sich um die Ueberreste des mit vier Personen an Bord auf der Strecke Toulouse—Casablanca verunglückten Postflugzeuges handelt.

Opfer ihres Berufs

WIB Weßel, 25. September.

In der Kohlengrube Noir Chain bei Framerics wurden durch schlagende Wetter fünf Bergarbeiter getötet. Einzelheiten stehen noch aus.

WIB Ravensburg, 24. September.

In Rosenhatz wurden gestern nachmittag drei beim Straßenbau beschäftigte Arbeiter durch herabstürzende Erdmassen verunglückt. Zwei von ihnen waren auf der Stelle tot, der dritte trug schwere Verletzungen davon.

London, 23. September.

Der englische Dampfer „Siltonhall“, mit einer Ladung Kohle nach Brisbane in Australien unterwegs, ist auf der Fahrt durch den Indischen Ozean in Brand geraten. Da die Besatzung nicht in der Lage war, das Feuer zu löschen, hat sie sich in die Boote begeben. Verschiedene Schiffe sind nach der Unfallstelle unterwegs.

WIB London, 24. September.

Einer Meldung aus Perth in Australien zufolge ist der englische Dampfer „Antica“, der dem „Siltonhall“ zu Hilfe eilte, noch rechtzeitig eingetroffen, um die gesamte Besatzung retten zu können. Wie erst jetzt bekannt wird, brannte die „Siltonhall“ bereits seit mehreren Tagen, ohne daß es der Mannschaft gelungen war, das Feuer zu löschen.

Verheerende Großfeuer

WIB Pils, 24. September.

Im Montag wurde die Dristadt Haktok im Mühlviertel von einem schweren Brandunglück heimgesucht. In dem Anwesen des Landwirtes Heiligenbrunner an der nordwestlichen Seite des Dorfes, brach plötzlich Feuer aus, das fast die ganze Ortschaft in Schutt und Asche legte. 11 Häuser sind ein Raub der Flammen geworden. Die Scheunen waren mit Heu und Getreidevorräten gefüllt. Auch das Schulgebäude und eine Kapelle sind eingeeigelt worden. Der Landwirt Heiligenbrunner wurde bei den Rettungsarbeiten so schwer verletzt, daß er ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Als Brandursache vermutet man Fahrlässigkeit.

WIB Hameln, 24. September.

Durch ein Großfeuer wurden Montagabend die Schrottdiele und die Lagerschuppen der Firma Dralle im Hamolner Hafengelände vollständig vernichtet, wobei riesige Mengen von Getreide und Mehl den Flammen zum Opfer fielen. Reichswehr und Feuerwehr versuchten vergeblich, den Brand zu löschen. Der Schaden wird auf eine Viertelmillion Mark geschätzt. Die Brandursache hat noch nicht festgestellt werden können.

Sum Brandunglück in Schwichtenberg

WIB Friedland (Mecklenburg), 24. September.

Das Mecklenburg-Strelitzsche Landeskriminalamt hat unter Führung von Regierungsrat Steubing mehrere Beamte nach Schwichtenberg und Friedland entsandt, um über die Entstehungsursache des Mecklenbrandes, der am Montagnachmittag 48 Gebäude in Asche gelegt hat, nähere Ermittlungen anzustellen. Allgemein herrscht die Auffassung vor, daß Brandstiftung die Entstehungsursache des Feuers ist.

Da die Diebereien während des Brandes, der nicht länger als 5 Stunden dauerte, in erschreckendem Maße überhandnahmen und die an sich schon Geschädigten dadurch noch um Teile ihrer geretteten Habe brachten, sind mehrere Polizeibeamte aus Neustrelitz im Laufe des Montagabends in Schwichtenberg eingetroffen.

WIB Friedland, 25. September.

Das Dorf Schwichtenberg ist über Nacht unkenntlich geworden. Wo noch tags zuvor schmale Häuser und Bauernhöfe standen, schweben jetzt in einer Ausdehnung von einem halben Kilometer die Reste der niedergebrannten Gebäude. Glühende Balken und die schwelenden Getreide- und Futtermittel bilden zusammen mit unglücklichen verbrannten landwirtschaftlichen Maschinen, Geräten und dergl. ein Bild unentwirrbareren Chaos.

Am Dienstag wollte Landrat Ullm vom Amt Stargard zur Besichtigung an der Brandstelle. Anschließend fand eine Besprechung mit einigen Geschädigten statt, wobei Landrat Ullm zusagte, nach Möglichkeit die Not der Betroffenen zu lindern, zunächst durch Anschaffung von Futtermitteln für das Vieh, Unterkunft für die Obdachlosen und das Vieh, Bereinstellung von Saatgetreide u. a. m., um die notwendige Weiterführung der einzelnen Wirtschaften zu sichern. Nach den Aussagen der Geschädigten wird der Gesamtschaden auf etwa 800 000 Mark geschätzt, der nur zum geringsten Teil durch Versicherung gedeckt ist. Mitverbrannt sind schätzungsweise 2500 Fuhrren ungedroschenen Getreides und fast ebensoviel Futtermittel. Den meisten der Geschädigten wird es sehr unangenehm sein, wieder aufzubauen, da sie viel zu gering oder überhaupt nicht versichert hatten.

Am Dienstag weilten auch Staatsminister Dr. v. Reibnitz und Staatsrat Frühmcke an der Brandstelle. Auch der Minister stellte den Geschädigten Staatshilfe in Aussicht.

Wunde Füße ermüden und schmerzen. Siccant-Puder wirkt wohltuend und hilft schnell. Postversand 17 Altona echt: König-Salomo-Apothek, Grimallese Straße 17

Stahlhelmer mißhandeln Die Schwarzweiskrotten sind unschuldig

Am 6. April 1929 veranstaltete der „Stahlhelm“ anlässlich der Wismarfeier gegen 20 Uhr einen Fackelaug. Die Teilnehmer zogen unter anderem auch durch die Sternwartenstraße, wo der letzte Teil des Junges angeblich mit Kohle und anderen Gegenständen beworfen werden soll. Das gab einem Stahlhelmburschen Anlaß, daß er einem an der Bordsteine auf zwei Krücken stehenden Invaliden mit dem Bemerkten: „Hier ist ja ein roter Hund!“ eine brennende Fackel ins Gesicht stieß, so daß der Geschlagene Brandwunden davontrug. Außerdem warf ihm ein anderes Stahlhelmmitglied eine brennende Fackel auf den Rücken, wodurch Wunde und Fackel verbrannt. Der so Mißhandelte nahm darauf eine Krücke und schlug auf seine Angreifer ein. Obwohl der Kriegsgeschädigte sofort einen Vorstoß auf den Stahlhelm-Kommando aufmerksam machte und die Kamensfeststellung verlangte, gelang ihm dies erst am Sauerischen Platz, wo er zum Ueberflus noch selbst zur Wache mitgenommen wurde, während man den Stahlhelmer ruhig weiter im Zuge marschieren ließ. Der Arbeiter erstatte gegen die Stahlhelmer Anzeige, die jedoch von der Staatsanwaltschaft abgelehnt wurde. Man drehte sogar den Spiegel herum und verurteilte den Invaliden durch Strafbefehl zu 30 Mark Geldstrafe.

Gegen diesen Strafbefehl erhob der Kriegsgeschädigte Einspruch, der nun vor dem Einzelrichter, Amtsgerichtsrat Eisner, verhandelt wurde. Als Zeugen waren fünf echte Stahlhelm-Lager erschienen. Da war zunächst der 31 Jahre alte Kraftwagenführer Friedrich Willi Schaaß aus Leipzig-Lindenau, Cranachstraße 3, erschienen. Schaaß soll derjenige gewesen sein, der dem Arbeiter die Fackel ins Gesicht geschlagen hat. Das sei natürlich nicht wahr, behauptete der Zeuge, vielmehr habe er einen solchen Schlag über dem Arm bekommen, daß er die Fackel habe fallen lassen. Auch weitere Stahlhelmer, der 41jährige Kaufmann Otto Paul Willi Bode aus Leipzig-Reudnitz und der 34 Jahre alte Kraftwagenführer und Kellner Ernst Otto Peltz aus Reudnitz, die in unmittelbarer Nähe des Schaaf marschierten, haben angeblich nichts gesehen. Diese irrommen Schwarzweiskrotten behaupteten vielmehr, daß auch sie von dem Arbeiter geschlagen worden seien. Büroangestellter Albert Otto Bogt, Leipzig-Böhlitz, sowie der Lehrer Raphaelenipfedor Friedrich Otto Pohl haben, wie sie angeblich, den Stahlhelmmarsch in „Zivilkleidung“ mitgemacht, zum „Schuß des Junges. Auch sie wollen nur gesehen haben, wie der Invaliden mit der Krücke auf „Kameraden“ eingeschlagen habe. Bis hierher ging die Verhandlung statt konstant. Weder von der Staatsanwaltschaft noch vom Vorstehenden wurden die Aussagen dieser Zeugen irgendwie kritisiert, noch wurden von dieser Seite Zwischenfragen gestellt. Dann aber marschierten Entschuldigungszeugen auf; Arbeiter, die gesehen hatten, daß der Kriegsgeschädigte zuerst mit der Fackel geschlagen worden sei. Zumal ein Zeuge sagte so klar und laut aus, daß bei Unbeteiligten kein Zweifel an der Wahrheit der Aussagen bestehen konnte. Anders aber Herr Amtsgerichtsrat Eisner. Wiederholt fragte er den Zeugen: „Nehmen Sie das auf Ihren Eid?“, Staatsanwalt und Vorstehender nahmen diesen Zeugen unter ein Kreuzverhör, was man bei den Stahlhelmschergen nicht bemerkt hatte. Herr Eisner wurde dann im weiteren Verlauf der Zeugenvernehmung so nervös, daß er einen beratig lauten Ton ansetzte, wie man ihn bisher von einem Vorsitzenden eines Gerichtes im Gerichtsaal noch nicht gehört hatte. Als der Zeuge vom Vorstehenden aufgefordert wurde, denjenigen vom Stahlhelm zu zeigen, der den Schlag mit der Fackel ausgeführt hatte, erklärte dieser, daß das „Schaaf“ gewesen sei. Bis zum Wägen des Staatsanwaltes blieb der Vorstehende auch weiterhin nervös.

Der Staatsanwalt kam zu dem Ergebnis, daß die Beweisaufnahme erwiesen habe, daß der Angeklagte mit der Krücke geschlagen hat. Es könne dahingestellt bleiben, ob er einen Schlag mit der Fackel bekommen habe. Jedenfalls sei vom Angeklagten Vergeltung geübt worden und das sei ausreichend, um den Strafbefehl aufrechterhalten. Die Stahlhelmer hätten auf ein „unerschöpflich (?) Wort etwas unschön (?) erwidert (!), indem sie mit der Fackel geschlagen“ hätten. „Vorwärts“ Röhre des Angeklagten könne keine Rede sein, denn es sei nicht erwiesen, ob dies jenen, die vom Angeklagten geschlagen worden seien, auch die Krücke gewesen sind, die mit der Fackel geschlagen hätten.

Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme konnte das Gericht weiter nichts machen, als den Angeklagten freizusprechen. Herr Amtsgerichtsrat Eisner möchte sich noch raten, wenn er zu nervös ist, eine einfache Verhandlung zu führen, sich zur Erholung in eine ruhigere „Gegen“ zurückzuziehen.

Blutige Rache eines Verschmähten

III Duisburg, 25. September.

Am Dienstagabend kurz vor 12 Uhr erschien im Lokal „Deutsches Haus“ in Duisburg-Hochfeld der etwa 30jährige Gemütskranke Barton, rief „Hände hoch!“ und feuerte auf die dortigen einen Schuß ab, der sie in den Leib traf. Die Frau Hof mit den ersten Gästen auf die Straße, während Barton die Rollen herunterließ und die Tür schloß. Es fielen dann in dem Lokal noch drei Schüsse. Die Polizei, die sofort alarmiert wurde, fand im Lokal die Tochter der Witrin und den Täter in einer großen Blutlache vor. Beide wurden, ebenso wie die Witrin, dem Hospital angeführt, wo die Tochter kurz nach ihrer Einlieferung gestorben ist. Die beiden anderen Verletzten liegen in lebensgefährlichem Zustand danieler. Man glaubt, daß es sich um die Rache eines abgewiesenen Freiers handelt.

Die Hannoverischen Raubmörder gefaßt

WIB Freilassung, 24. September.

Die Raubmörder Udo Rügge und Otto Riden, die in Hannover den Kassenhaken Romack ermordet und ihm einen Geldbetrag von 59 000 Mark geraubt hatten, haben, wie von der hannoverschen Grenzpolizei festgestellt werden konnte, mit ihrem Auto beim österreichischen Grenzpostamt Rott die Grenze nach Oesterreich passiert. Daraufhin konnten die beiden in Niederösterreich bei Mladonmarkt angehalten werden. Udo Rügge konnte mit seiner Geliebten Luise Schachinger aus München festgenommen werden, während Riden flüchtete. Rummre ist es auch gelungen, Otto Riden in der Nähe von Wien zu verhaften.

Zusammenbruch eines Klein-Sparvereins

SPD Berlin, 24. September.

Auf die Räume des seit 1894 bestehenden Berliner Spar- und Kreditvereins in der Schilderstraße stürzte am Montagmorgen ein wilder Sturm der Spar ein, so daß die Räume der Kasse geschlossen werden mußten. Verschiedene Sparere riefen das Betrugsbüro der Berliner Kriminalpolizei an und baten um eine eingehende Untersuchung gegen den Leiter des Vereins. Tatsächlich befindet sich der Spar- und Kreditverein schon seit längerer Zeit in erheblichen finanziellen Schwierigkeiten. Einmal hat er aus der Interessentzeit noch verhältnismäßig große Verbindlichkeiten abzudecken, während andererseits die Einlagen in den letzten Jahren beträchtlich nachgelassen haben. Die von der Direktion des Vereins eingeleiteten Geschäfte konnten deshalb nicht in der erhofften gewinnbringenden Weise abgewickelt werden. Infolgedessen waren schon vor vierzehn Tagen Zahlungsunfähigkeit zu verzeichnen, die jedoch vorübergehend überwunden wurden. Am Montag machten die Sparere nun einen vorher besprochenen und organisierten Vorstoß, in dessen Verlauf der Geschäftsführer des Vereins die Sparere schließlich mit einem Revolver abzuwehren versuchte.

Die Polizei hat sofort die erforderlichen Ermittlungen eingeleitet. Strafbarer Handlungen bei dem Zusammenbruch des Vereins scheinen nicht vorzuliegen.

Der Streit um die Reichsbankgewinne

Von Dr. Alfred Braunschil.

Die Frage, wie die Vorschriften über die Verteilung der Reichsbankgewinne zu ändern sind, beschäftigt schon seit geraumer Zeit die Öffentlichkeit. Die alte Reichsbank wurde vor jetzt nahezu 60 Jahren nach der damals vorherrschenden liberalen Auffassung in der Form einer Privatbank gegründet. Das Kapital lag vollständig in Händen privater Anteilseigner, die Leitung jedoch in der Hand des Reiches. Nun ermöglicht das Notenprivileg einer Zentralnotenbank die Erzielung von Gewinnen, die in gar keinem Verhältnis zum aufgewandten Kapital stehen. Diesen diese Gewinne, wie bei einer Privatbank, den Anteilseignern zu, so würden diese ungeheure Extraprofite einheimeln, die sie ausschließlich der Erfüllung einer öffentlich-wirtschaftlichen Aufgabe zu verdanken hätten. Solche ungerechtfertigten Gewinne konnte auch der liberale Staat nicht dulden. Deshalb ließ er sich die Verteilung des Notenprivilegs mit einer Beteiligung des Staates an den Gewinnen der Reichsbank bezahnen. So bestimmte auch das alte Bankgesetz, daß von den Gewinnen der Reichsbank nach Ausschüttung einer Mindestdividende von 2,5 Prozent unter Ausschüttung einer Reserve (in Höhe von 10 Prozent des Reingewinns) das Reich drei Viertel, die Anteilseigner aber nur ein Viertel des verbleibenden Gewinnes zu erhalten hätten. Berücksichtigt man weiter, daß das Reich auch in Form einer Notensteuer, die bei Ueberschreitung eines mäßigen Notenkontingents zu entrichten war, an den Erträgen der Reichsbank teilnahm, so konnte man diese Regelung als angemessen bezeichnen.

Die Dawesgesetzgebung hat nicht nur den Zusammenhang zwischen Reich und Reichsbank im allgemeinen weitgehend gelockert, sondern das Reich auch bei der Gewinnverteilung auf auffallend benachteiligt. Nach dem neuen Bankgesetz des Jahres 1924, erlassen auf Grund der Dawesregelung, beträgt die Mindestdividende der Anteilseigner 8 Prozent, die Zuteilung an den Reservefonds 20 Prozent des Reingewinns und die Beteiligung des Reiches am verbleibenden Gewinn bloß die Hälfte. Dazu wurde die Notensteuer praktisch beseitigt.

So erklärt es sich, daß die Einnahmen des Reiches aus der Reichsbank bei der neuen Regelung wesentlich niedriger sind als vor dem Kriege, obwohl die Gewinne der Reichsbank viel höher sind. Da die Reichsbank im großen und ganzen den vollen Zins für die von ihr angekauften Wechsel, soweit ihr Betrag die Deckung überschreitet, verdient, richten sich ihre Gewinne im allgemeinen nach der Höhe des Diskontsatzes. Dieser ist aber seit der Herrschaft des neuen Bankgesetzes wesentlich höher als vor dem Kriege. Also muß der Gewinn der Reichsbank auch ein höherer sein. Um nun den Anteilseignern nicht phantastische Dividenden auszahlen zu müssen, war die Reichsbank genötigt, sich ungeheure Reserven anzulegen. Rechnet man diese, wie es sachlich gerechtfertigt ist, dem Reingewinn zu, so kommt man zu folgenden überraschenden Ergebnissen: Im Jahre 1928 betrug der ausgewiesene Reingewinn der Reichsbank 25,4 Millionen Mark. Vorweg wurden aber die verbleibenden Reservefonds mit 38,7 Millionen Mark dotiert, so daß faktisch ein Reingewinn von 64,1 Millionen Mark erzielt wurde. Wäre die Reichsbank eine private Bank, so hätte sie von diesem Reingewinn dem Reich Körperschaftsteuer in Höhe von 12,8 Millionen Mark abführen müssen. Statt dessen erhielt das Reich nur einen Gewinnanteil von 3,2 Millionen Mark.

Für das Reich ergab sich also keine Mehreinnahme, wie es dem Sinn des Notenprivilegs entspricht, sondern eine beträchtliche Mindereinnahme.

Die Großbanken greifen ein

Die unbefriedigende Lage der Effektenmärkte, die sich durch den Sturz im Frankfurter Börsenkonjunktur, durch die Vorgänge in der Kunstseidenindustrie und den Londoner Riesenkrach in letzter Zeit verschärft, hat jetzt die Großbanken auf den Plan gerufen. Unter Führung der D-Banken, der Commerz- und Privatbank und der Firma Mendelssohn ist am Montagabend eine Reihe von Bankgewaltigen zusammengetreten, die die gegenwärtige Lage erörtern sollen. Man will durchgreifende Maßnahmen zur Verbesserung der heutigen Börsenverhältnisse treffen.

Man wird die Beschlüsse der Großbanken abwarten müssen. Da die Abneigung des Publikums gegen die Börse auf bestimmten Ursachen beruht — Willkür und Diktatur des Vorstandes, ungenügende Aufsicht und ungenügende Kontrolle, Niedrighaltung der Dividenden usw. —, die nicht durch den Zusammentritt der Großbankgewaltigen zu beseitigen sind, dürfte nicht viel dabei herauskommen. Notwendig ist eben eine grundlegende Aktienreform, die auch vor allem die Forderungen der Arbeiterschaft nach ausreichender Kontrolle berücksichtigt.

Die Arbeiterregierung und der Hainz-Krach. WIB London, 24. September. Das Kabinett wird in seiner Sitzung am Mittwoch, der letzten, an der der Premierminister vor seiner Amerika-reise teilnimmt, sich u. a. auch mit den Folgen des Finanzkrisen Zusammenbruchs der Hainz-Gruppe beschäftigen. Wie verlautet, wird dem Schaham ein Bericht über die Angelegenheit ausgearbeitet, der dem Kabinett morgen zur Kenntnis unterbreitet wird.



Wandern und Reisen

Naturfreundehaus „Rote Grube“

Unterm Gipfel des 1000 Meter hohen Auerberges, an der Straße von Blauental-Sofa nach Erlabrunn und allen Erzgebirgswanderern bekannt, haben die Naturfreunde das Berghaus „Rote Grube“ mit tausenden freiwilliger Arbeitsstunden und vielen tausend Mark Baukosten in ein prachtvolles Ferienheim umgebaut. Die Zimmer sind von den Ortsgruppen und Gewerkschaften eingerichtet, viele Spenden weiterer Arbeiterkreise stellen die Ausschmückung der Aufenthaltsräume. Eigner Besitz von 15 000 Quadratmeter umgibt den gewaltigen Bau, der mit 24 Meter Frontbreite und 20 Meter Tiefe als Zweietagenhaus für mehr als 100 Personen Quartier und Verpflegung das ganze Jahr über bietet. Die Einrichtung von Zentralheizung, Warmen- und Brausebad, Trockenraum für Kleidung sowie Gepäc- und Stablage erhöhen die Annehmlichkeiten dieses Ferienheimes, das abseits vom Verkehrsstrom der Autos und Motorräder in der Einsamkeit der Erzgebirgswälder die beste Erholung gewährleistet.

Die sozialistische Arbeiterschaft ist in ihm herzlich willkommen.

Daß ein solcher Zustand protest und unhaltbar ist, darüber gibt es heute nur eine Meinung. Es besteht in der gesamten Öffentlichkeit Einstimmigkeit darüber, daß die Bestimmungen über die Verteilung der Reichsbankgewinne im Zusammenhang mit der Youngengesetzgebung geändert werden müssen. Dabei wäre es unserer Auffassung nach am zweckmäßigsten, die Verteilungsbestimmungen wieder herzustellen, wobei man den Anteilseignern vielleicht eine mäßige Erhöhung der Mindestdividende gegenüber der Vorgangsregelung gestatten könnte. Man darf eben nicht vergessen, daß die Anteilseigner überdies schon dadurch wesentlich besser gestellt sind als vor dem Kriege, daß an die Wiedereröffnung der alten Bestimmungen über die Notensteuer, die währungspositiv längst überholt ist, nicht zu denken ist und daß die Zinssätze und damit die Reichsbankgewinne für absehbare Zeit höher bleiben dürften als vor dem Kriege.

Die Auffassungen darüber, nach welchem Schlüssel in Zukunft die Reichsbankgewinne verteilt werden sollen, gehen auseinander. Man sieht die Dinge so, daß sich die Öffentlichkeit mit der Frage, wie der Gewinnverteilungsschlüssel zu ändern sei, weniger beschäftigt. Die Diskussion konzentriert sich um einen anderen Punkt, nämlich um die Frage, ob die

Anteilseigner bei einer Veränderung der Gewinnverteilungsbestimmungen gehört werden müssen und mitzubestimmen haben, und ob und in welcher Höhe bzw. in welcher Form ihnen eine Entschädigung für die Veränderung des Gewinnverteilungsschlüssels zu ihren Ungunsten gewährt werden soll.

Es kommt hier bestimmten Kreisen, kurz, aber richtig gesagt, darauf an, die Reserven der Reichsbank in irgendeiner Form an die Anteilseigner der Bank zur Verteilung zu bringen. Selbstverständlich ist, daß sich die öffentliche Meinung gegen solche Pläne und gegen solche Wünsche wehrt. Aber hinter der ganzen Angelegenheit verbergen sich, das muß angegeben werden, recht komplizierte Rechtsfragen, wenigstens Auffassungen wie die, daß eine Verschlechterung der Stellung der Anteilseigner ohne ihre Zustimmung eine verfassungswidrige Entziehung bedeute, mit aller Entschiedenheit juridisch erwiesen werden müssen.

Man denkt in gewissen Kreisen daran, hier den Weg des billigen Ausganges zu suchen, und zwar deshalb, weil sich ein Teil der Reichsbankanteile in der Hand des Auslandes befindet, auf dessen Vertrauen und Kreditbereitschaft Deutschland nun einmal angewiesen ist. Dabei müßten aber folgende Gesichtspunkte im Vordergrund stehen: Die Anteilseigner verweisen darauf, daß ihnen schon deshalb ein gewisser moralischer Anspruch auf eine Entschädigung zusteht, weil die Börsenkurse der Reichsbankanteile, die jetzt bestehenden Bestimmungen über die Gewinnverteilung eingestellt sind. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß der Reichsbankpräsident wiederholt vor einer Hochzeitigung der Reichsbankkurse im Hinblick auf die Möglichkeit einer Veränderung der Reichsbankgesetzgebung warnte. Ueber den Interessen der Börsenkurser stehen die höheren und die wichtigeren Interessen des Reiches. Dazu kommt der weitere moralisch bedeutungsvolle Gesichtspunkt, daß das jetzige Bankgesetz vom Reich nicht freiwillig, sondern nur unter internationalen Druck im Rahmen der Dawesgesetzgebung beschlossen wurde, wobei kein Zweifel sein kann, daß sich die Dawesgesetzgebenden in einer schweren Täuschung über die zukünftigen Gewinne der Reichsbank befanden, als sie Deutschland die heute geltende Verteilung der Reichsbankgewinne aufzwangen. Berücksichtigt man das, so kommt man zu dem Schluß, daß bei der anzukündigenden Regelung das öffentliche Interesse gegenüber dem der privaten Anteilseigner unbedingt den Vorrang haben muß.

Die Reichsbahn besteht auf Tarifierhöhung

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft hat sich am Montag und Dienstag mit der Frage der Tarifierhöhung beschäftigt. Ueber das Ergebnis der Tagung wird folgende Verlautbarung verbreitet:

„Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft hat am 23. und 24. September 1929 in Berlin zur Frage der Tarifierhöhung und deren Ablehnung durch die Reichsregierung Stellung genommen. Er kann die vom Reichsverkehrsminister zur Ablehnung seines Antrages genebete Begründung nicht anerkennen und hat beschlossen, der Reichsregierung die Lage der Gesellschaft erneut darzustellen. Diese macht es unbedingt notwendig, über die Frage zu verhandeln, wie der Reichsbahn die Mittel zugeführt werden sollen, durch die sie den auf ihr liegenden Lasten gerecht werden kann.“

Der Verwaltungsrat betrachtet es als Aufgabe der Deutschen Reichsbahngesellschaft, ein genügendes Maß sachlicher Ausgaben für Unterhaltung, Erneuerung und Betriebsunterhaltung unter allen Umständen sicherzustellen. Die Gesellschaft würde es im allgemeinen und eigenen Interesse begrüßen, wenn sie nicht gezwungen wäre, dem Verkehr eine erhöhte Belastung aufzuerlegen, und wenn ihr statt dessen die unerlässliche finanzielle Erleichterung durch die Reichsregierung in anderer Weise gewährt würde. Sollte ein Ergebnis in diesen Verhandlungen nicht erreicht werden, so hält es der Verwaltungsrat für seine dringende Pflicht, eine Tarifierhöhung in ausreichendem Umfange erneut zu beantragen und nachdrücklich weiter zu verfolgen.“

Wer wandert mit?

Wen es lockt, mit hinauszuweichen und die Farbenpracht des Herbstes kennenzulernen, der sei zu einer am kommenden Sonntag, dem 29. September, stattfindenden Wanderung der Naturfreunde eingeladen. Der Zug, ab Hauptbahnhof 7.43 Uhr, bringt uns bis Kauzshof. Durch die Lindhardt führt dann der Weg, um später an der Faulen Parthe entlang Großsteinberg zu passieren. Auf der einen Seite des Ortes nimmt uns wieder der Wald auf. Oberhalb der Steinbrüche haben wir Gelegenheit, in das hügelige Land hinauszublicken. Gegen Mittag wird das Heim der Leipziger Naturfreunde erreicht. Ein Spaziergang nach dem am Morgen nicht berührten Brandberg mit der „roten Bank“, darauf ein halbtägiger Marsch, und der Bahnhof Großsteinberg, von dem die Heimfahrt angetreten wird, liegt vor uns. Zu lösen ist Sonntagstaxi Großsteinberg für 1,30 Mk.

T. B. „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Leipzig, c. B.

Berfammlungskalender

Mittwoch, 25. September 1929

Bund sog. Freiberter, Bezirk, Funktionäre, Volkshaus, 19,30 Uhr.

Volkshaus Leipzig

Spezialgericht. Heute Mangoldgemüse mit zwei Salateiern 60 Schmalzrost - Morgen: Pflanzkuchen mit weißen Bohnen 75; Gefülltes Weißkraut mit Kartoffeln 20

Bei den Hahnenschwänzern

Prozession im Stubai-Tal

Im „heiligen“ Land Tirol herrscht die Kirche unumschränkt. Wie lange noch? Der moderne Verkehr bringt langsam ins Zillertal, ins Stubaital und die übrigen schönen Alpengegenden. Die Kirche steht das mit einem nassen und einem trockenen Auge. Die bösen Fremden bringen Geld; und Geld sinkt nicht. Aber sie bringen auch neue Ideen mit; und es läßt sich nicht verhindern, daß selbst die konservativsten Bauern schließlich modernisiert werden. Die Kirche kann es nicht wagen, die Bauern gegen die Fremden offen aufzuputtsen, denn sie weiß, daß auf die Dauer Geld härter ist, als religiöse Hemmungen. So gibt sie nur „Verhaltensratschläge“. Wer beispielsweise nicht „anständig“ gekleidet ist, dem kann es passieren, daß er in den stadtkatholischen Dörfern, die sich bevölkerungsstatistisch oft durch eine hohe Unschickenszahl auszeichnen, ausgepöbelt wird. Solche „unanständigen“ Dinge wie Familienbad oder Freizeitsportarten sind einstweilen in Tirol ausgeschlossen. Doch freie Gewerkschaften und die „bösen Sozialisten“ — Gott sei Dank! — vorläufig in diesen Tiroler Tälern unbekannt. Man macht sich als bisheriger Erfolg der kirchlichen Propaganda. Man macht sich als moderner Großstädter kaum eine Vorstellung von der Macht der Pfaffen über die „Seelen“. Von der Geburt bis zum Tode gibt es keinen Kleinen und großen Meilenstein im menschlichen Leben, bei dem die Kirche nicht dabeiwäre und Richtung gäbe. Freude und Leid, Laufen und Tugand gehen mit ihrer Billigung oder Mißbilligung voran. Man

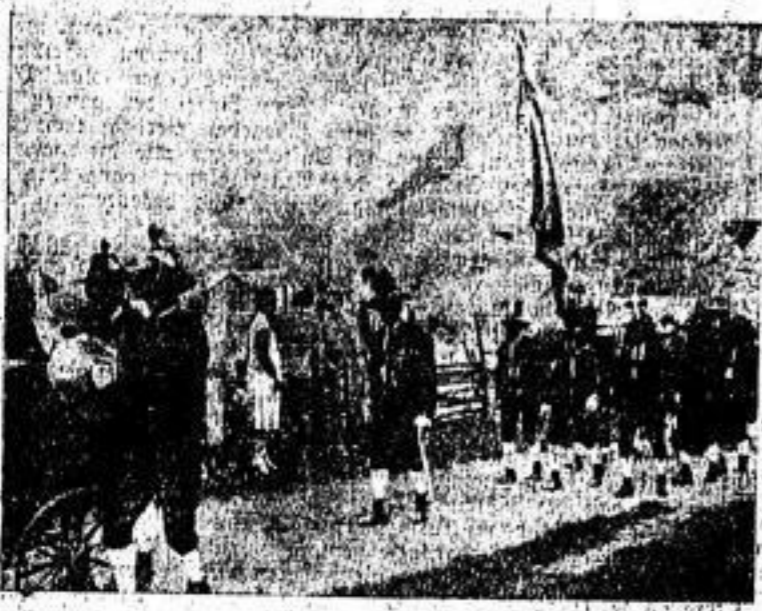
eine prächtige brokatene Schürze, Zeichen des persönlichen Reichtums, vervollständigt die museumsreife Tracht. Die Männer gehen einfacher: Rod, Hose, welcher Krage. In Tracht sind bei



Was auch nicht fehlen darf: Nonnen und ihre Schäflein, die „Kranz-Jungfrauen“.

ihnen die Feuerwehrlente und — die Heimwehr, deren Stubaiter Vertretung die Tiroler Landesjäger sind. Ihr bekannter Aufzug ist auch aus dem Bilde zu ersehen; und man kann es ihnen eigentlich nur danken, daß sie bei jeder Kirchenfeier dabei sind; da weiß man wenigstens, daß politische und weltanschauliche Reaktion zusammengehören.

Mit einem Gebet vor der Kirche geht der Kummel los. Der Bischof, der extra nach Stubai gekommen ist, läuft unter einem reich verzierten Baldachin und hält mit für unsäugliche formidabler Würde die Monstranz. Er trägt daran leichter als die Bannerträger; denn die Banner sind 5 bis 8 Meter hoch, 2 mal 4 Meter breit und schwerste bestickte und abemalte Seide. Wenn ein Windstoß kommt, läuft der starke Bauer Gefahr, umgerissen zu werden. Die Kranzjungfrauen schleppen eine schwere Mutter-Gottes-Statue; die Feuerwehr einen riesigen „Heiligen Florian“, der ein brennendes Haus mit der Gießkanne löst. Sie abzurufen im Dienste kirchlichen Brunkes, das ist Ehrensache. Die Heimwehrkapelle spielt: „Warum läßt du die Wangen deiner Braut“, aber niemand der Teilnehmer lacht dabei. Im Gegenteil, sie nehmen sich fürchtbar ernst. Auf dem Marktplatz



Tiroler Landesjäger, schäpftische Helmwehr, laufen fromm in der Prozession mit. Ihre Musik spielt: „Warum läßt du die Wangen deiner Braut“!

trifft im weltanschaulich rückständigsten der Tiroler Täler, im Stubaital, gewiß schon viele Einwohner, die faktisch längst Freidenker sind; die nichts mehr glauben und unter vier Augen sogar über den „Almbim“ spotten. Aber wehe, wenn einer die Kirche angreift! Auch der dörfliche Steptiter hält es für undenkbar, bei einer kirchlichen Feier, die dort noch Volksfeier ist, nicht dabei zu sein. Die Kirche ist nicht nur Weltanschauungsgemeinschaft, sondern Repräsentant des gesamten gesellschaftlichen Lebens schlechthin.

Die Prozession zu Maria Himmelfahrt muß man erlebt haben; sonst glaubt man es nicht. Trotz Geld und guter Worte ist kein Alpenführer zu bekommen. Sie lassen bei großen Bergbesteigungen die Fremden in der Schutzhütte und steigen zu Tal; sie müssen dabei sein. Alpenrose und Edelweiß, die Tiroler Landesfarben weißrot, muß jeder Mann am Hute haben. Unter Lebensgefahr wird auf geheimen Pfaden das Edelweiß gepflückt. Um 3,30 Uhr morgens geht die Bollerstiehererei los; weder Christ noch Jude noch Ungläubiger darf mehr schlafen. Die Kirchen-glocken himmeln ununterbrochen; sie kennen keinen Abkündentag. In Tracht verlämmt sich die Dorfbewohnerschaft, soweit sie überhaupt nur kriechen oder laufen kann, vor der Kirche. Die Tracht der Frauen im Stubaital ist so: Ein Strohhütchen mit schmalen Krempe; Bänder daran so lang wie der Rod; dieser reicht schief bis zu den Knöcheln; die schwarze Bluse ist geschlossen bis zu den Ohren; Büschel existieren in diesem Tirol von Natur aus nicht und kommen nur bei von außerhalb zugelaufenen Heiden vor;



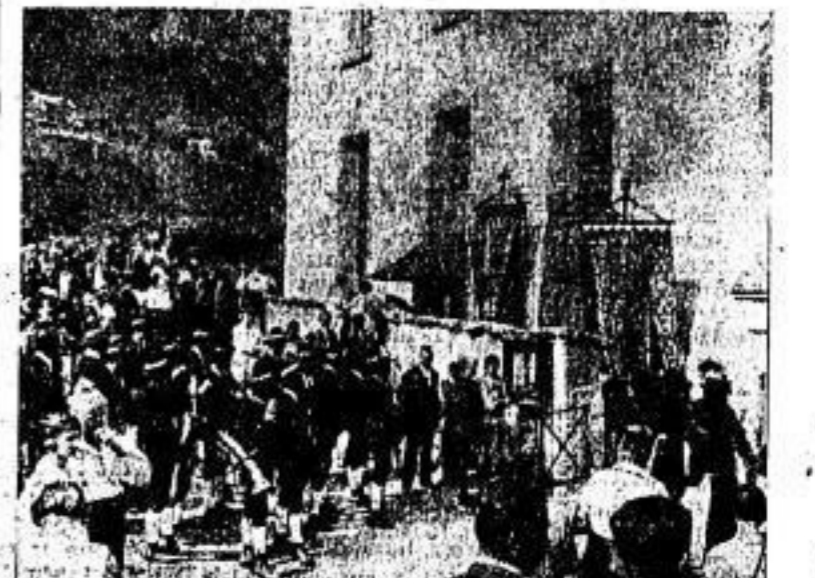
Die Hauptrolle: Der Bischof mit der Monstranz. Wer lacht, wird verprügelt.

segnet der Bischof die (niedergesetzte) Menge. Stugend geht es durch die Felder. Nach unerforschlichem Ratichluß der Dreieinigkeit — vermutlich war sie neidisch auf die Ehren, die der Mutter eines von ihnen zuteil wurde — fing es an zu regnen. Daher

zog man rasch zur Kirche, einem prachüberladenen, erdrückend wirkenden Gotteshaus, in dem Wohnungsnot noch nicht bemerkbar ist. Wachskerzen qualmen, Weihrauchfüße duften; und wenn der Priester die Monstranz ergreift, knallt draußen die Heimwehr Salut. Im Wechselgefang murmeln Männer und Frauen; Aufwandsdampf und Weihrauch muffeln und sinken um die Bette; beständiger kostbarer Fittler und Dämmerlicht und Volksgemurmel tun das ihre, einen mystischen Qualm um und in den Menschen zu erzeugen, der sich durch nichts von den religiösen Riten der Hidsch-Ansulaner, Australnegor oder sonst welcher Primitiven unterscheidet. Sachlich ist nichts dran; aber psychisch wirkt es. Das Photographieren ist verboten; einem Berliner Kurast wurde „verhöhnlich“ der Apparat umgestoßen und zertrümmert. Die Angst vor dem Photographiertwerden teilen die Tiroler mit den Bauern in Zentralchina oder den Negern in Zentralafrika. — Unsere Bilder wurden aus einem Fenster aufgenommen. Nachher geht es in den Aneipen lustig, allzufestig zu. Erst wird die Seele alkoholisier, dann der Körper. Der Effekt ist ziemlich gleichwertig.

Am andern Tag kehrt das Tal wieder im Dienst und Verdienst der Fremdenindustrie. Beim Krämer distulieren die Frauen über die Schürze der Alpenhofbäuerin; über die neuen Bänder am Hute der Jent; und der Moiss hatte nicht mal einen Buschen Edelweiß am Hut! So klatscht man bis zur nächsten Prozession, die bald fällig ist. Für abwechslungsreiche Monotonie sorgt die Kirche; Kino gibt es noch nicht im Orte und auch noch keine Tanzbuden.

Schon kommt es in einzelnen Tälern vor, daß die jungen Bauernburschen nicht in der Prozession mitgehen, sondern die andern an sich vorbeilaufen lassen. Ein erstes Anzeichen einer herausgehenden Götterdämmerung? Es scheint so. In abermals zehn Jahren wollen wir noch mal ins Stubaital fahren und nach-



Die Schlussvorstellung. Während drinnen in der Kirche Wechselgefang und Weihrauch walten, wartet draußen die Heimwehr, um Salut zu schießen, wenn der Priester die Monstranz ergreift.

sehen, ob die „lustigen Tiroler“ immer noch Prozession und Heimwehr spielen; ob sie immer noch von Kirche und Militarismus gegängelbandelt werden. Reinhold Lichte.

Und was weiter — sag' ich nicht!

Tschechisches Volkslied.

Deutsch von J. Reisman.

Wenn ich mich auch sehr genier,
Hör's doch gern, kann nichts dafür,
Lobst mir mein Schatz die Haare,
Meine Wang, die Lippenpaare,
Und dazu mein freundlicher Herz;
Wobon er dann weiter spricht,
Weiß ich's auch, doch sag ich's nicht!

Wenn ich mich auch sehr genier,
Hör's doch gern, kann nichts dafür,
Lobst mir mein Schatz beim Roden
Die Pantöffelchen und Socken,
Und dazu die schlanken Beine;
Wobon er dann weiter spricht,
Nein, nein, nein — das sag ich nicht!

Die Front im Wanken

Roman von Artur Heimbürger.

Copyright by Artur Heimbürger, Berlin 1929.

Paul lag und lächelte. Der Himmel leuchtete blau. Nur einige lange, winzig dünne Wolkenfäden trieb der Wind. Die Luft wehte lau: Schmetterlinge flatterten. Aus der Wiese quoll ein süßer Duft.

„Ich will Ihnen mal was erzählen“, unterdrück Paul das Schweigen. Und dann berichtete er über sein Entlaufen, wohl eine halbe Stunde lang oder noch länger. Er sprach ruhig und überlegt, als ob er eine Geschichte erzählte. Der Wachtmeister rührte sich nicht. Als Paul geendet hatte, blieb es einige Sekunden lang still. Der andere schüttelte sich auf und betrachtete den Erzähler:

„Menschenskind!“ brachte er heraus. „Das ist allerlei, was Sie da vollbracht haben.“ Dann lachte er.

„Das hätte ich Ihnen doch nicht angesehen.“

Von da schlossen sie ihr Verhältnis noch fester und die Diskussionen wurden immer lebhafter und verzwickter. Das hörte bald auf. Die Postkarte war inzwischen bei der Kompanie angekommen. In einem Abend überbrachte der Schreiber die Mitteilung:

„Du mußt morgen früh zur Truppe fahren.“ Er übergab ihm Geld und Fahrkarte. Die schönen Tage waren vorüber.

„Sie genießen aber noch allerhand Vertrauen bei den Preußen“, ulkte der Wachtmeister. „Werden Sie denn überhaupt hinkommen?“

„Wenn ich an die Front sollte, könnte ich nicht garantieren“, lächelte Paul. „Aber da sie mich so allein futschieren lassen, wird's wohl nicht so schlimm werden.“

Die Abfahrt vollzog sich stillschweigend. Der Arzt schnitt ihn noch am letzten Morgen.

Paul erlaubte sich erst noch einen Abstecher nach Hamburg, traf zwar die Freunde nicht an, konnte aber trotzdem erst einen Tag später die Garnison erreichen.

Die Genesendekompanie nahm ihn ordnungsgemäß auf, als ob nichts geschehen sei. Nur für das Zuspätkommen bezog er einen regelrechten Anstand. War das alles?

Es schien wirklich nichts nachzutommen. Nach einigen Wochen folgte die Verlegung zur Garnisonkompanie. Dort erhielt er Urlaub. In der Heimat merkte er, wie der Zustand unter der Zivilbevölkerung immer unhaltbarer wurde. Die Kommission hatte ihn inzwischen für Inselbewachung fähig befunden. Das war das Sprungbrett für den Schützengaben.

„Paul, jetzt heißt es aufpassen!“

Vom Urlaub kehrte er wieder einen Tag zu spät zurück. Der Soldat, der die Urlaubsscheine abnahm, veranstaltete ein eudloses Palaver. Paul knurrte ihn an. Ein Unteroffizier, der im selben Raum arbeitete, glaubte, er müsse sich einmischen. Paul erklärte ihm die Geschichte, behandelte ihn aber eigenständig wie feinsgeselligen.

„Legen Sie die Hände an die Hosennaht!“ schnauzte der Vorgesetzte.

„Jawohl, Herr Unteroffizier!“ versprach Paul, verbindlich lächelnd, gab es jedoch nicht auf, zu gestikulieren. Dem Korporal schwoh der Kamm.

„Herr! Was sind Sie denn eigentlich für ein Soldat?“ freilachte er, hochrot im Gesicht.

„Ich bin kein Soldat. Ich bin ein Dilettant“, druckte Paul harmlos.

Was hatte er da angerichtet! Es schien, als sollte der Korporal verückt werden. Er schleppte den Widerschlichen zum Hauptmann, einen alten, wunderlichen Gymnasialprofessor. Dort spielte Paul den Unschuldigen. Das mit dem Dilettanten wachte der Korporal nicht zu erwähnen. Paul erbat sich eine Schulerkennung, wozu er zu spät kam. Der Hauptmann ließ ihm Zeit, den Schwundel zu beweisen. Und er hatte geglaubt, sie würden ihn gleich einiperteln!

Den nächsten Tag verläumte er das Antreten, nahm ein Stück Brot und blieb den ganzen Tag der Kaserne fern. Als er abends sein Bett aufsuchen wollte, übermittelten ihm die Kameraden: er solle sich in der Schreibstube einfinden. Paul antwortete nicht.

Andern Tages hielt er sich bis zum Dinkelferren in der Bibliothek auf. Den Nebenraum benutzte der Bibliothekar als Schlafzimmer. Er war ausgegangen. Die Tür des Lesezimmers blieb verkehrentlich unerschlossen.

Paul machte sich einen Plan. In den Stuben schlief schon alles. Er kletterte auf den Tisch mit Zeitschriften, nahm die Lage eines Schlafenden ein und erwartete den Bibliothekverwalter. Wohl eine Stunde verharrte er in der unbequemen Lage. Endlich hörte er eisenschlagene Schritte auf den Fliesen knallen.

Er schließt an der Tür. Sie wird geöffnet. Ein Streichholz flammt auf.

„Puh!“ Das Licht wird erschreckt ausgeblasen, die Tür zugelappt. Eilig entfernen sich die Tritte.

Nach einer Weile wieder Schritte! Der Gefreite hatte sich Hilfe von der Wache besorgt, einen unbeholfenen Bauernjungen.

Paul tut, als ob er fest schläft. Der Bauer schubst ihn: „Kamerad!“ Paul bewegt sich nicht.

„Kamerad! Sieh auf!“ Der Elzige berührt keine Schultern. Paul blinzelt mühsam.

„Kamerad, wach doch auf!“ drängt der andre. Paul glockt ihn an.

„Du kannst doch nicht hier bleiben!“ Sie reden ihm behutsam zu. Er solle doch mitkommen. Das sei doch keine Lagerstätte. Paul richtete sich auf, legte sich wieder um und murmelte:

„Lacht mich!“ Die andern fahren fort, ihn zu bedrängen und wachzurütteln. Endlich richtet er sich hoch, sieht sie vorwurfsvoll an und fällt bedächtig:

„Wer behauptet denn, daß man hier nicht liegen kann? Ich sage, daß ich hier schlafe. Genügt das nicht? Ist das eine Art, einen Kameraden aus dem Schlaf zu reißen?“ Er will sich ausstrecken.

Aber die beiden geben sich nicht zufrieden. Sie beschwägen und betasteten ihn, bis sie ihn soweit haben, daß er folgt. Der wachhabende Unteroffizier empfängt ihn gleich mit Geschrei:

„Sie Simulant! Mit solchen Burschen haben wir schon genug zu tun gehabt. Wir sind noch immer fertig geworden.“ Paul macht ein bödes Gesicht:

„Ich helfe nicht Simulant! Ich bin Rustkettler Paul.“

„Bringt ihn auf seine Stube!“ befiehlt der Korporal.

So trieb es Paul noch einige Tage. Er verließ morgens das Kaserneamt und passierte abends ein, um sich ins Bett zu legen. Wenn ihn einer ansprach, blieb er stumm.

„Lach' den in Ruh!“ empfahlen die Stubengefährten und legten den Zeigefinger bedeutungsvoll an die Schläfe.

Der Einsame bevorzugte verdeckte Stellen. Seine Nahrung war Brot und einlges Eßbare, das er noch von zu Hause besaß. Am liebsten besuchte er den Friedhof. Da kam überhaupt niemand hin. Um die Toten kümmerte sich keiner.

Schließlich erwachte man ihn doch. Es gesch' morgens wie aus Mäulden.

„So verrückt bist du nicht“, dachte Paul, „daß du bei dem Wetter hinausgehst.“ Er nahm in einem Raum Platz, der früher als Speiseaal diente. Dort mußte ihn jemand gesehen haben. Denn der Unteroffizier, mit dem er bei seiner Rückkehr das wunderliche Zwiesgespräch führte, saukte herein und stellte die nicht grundlose Frage:

„Was machen Sie da?“

„Nichts!“

Der Korporal brachte ihn zum Hauptmann. Der zeigte sich dem Paul erst recht nicht gewachsen.

„Was haben Sie denn gemacht die ganze Zeit?“ wendete er sich an Paul, der teilnahmslos da stand.

„Nichts!“

Sie führten ihn zum Arzt. Dem mußte Pauls Treiben schon bekannt sein. Er schaute ihn an:

„Na ja. Depressionszustand. Der Mann muß fort, Feldwebel!“

(Fortsetzung folgt.)



Dämmerung im Herbst

Der Abend kommt früher. Gleich lang sind gegen Ende September Finsternis und Licht. Die Stunde aber der Dämmerung, die Spanne Zeit zwischen Tag und Nacht, zeigt ganz die Schönheit des Herbstes.

Es wird kühler, wenn die Sonne an den Rand des Horizontes tritt. Stark ist der Gegensatz zwischen Mittag und Abend. Der Himmel scheint in milden, sanften Farben, ist herbstlich getönt wie im Garten die Ähren. Am fernen Turme, an simplen Fensterscheiben irgendwo am Rande der Stadt ein helles Aufblitzen. Es zeigt die Kraft selbst des scheidenden Gestirns. Größer als sonst zeigt sich die Sonne beim Verfinstern.

Nun wechselt langsam Stimmung auf Stimmung. Hoch oben ist die Luft noch azurblau, am Rande noch Morgen zu kommt ein Graublau herauf, und im Westen liegt lange noch zart-gelblicher Schein. Alle Farbtöne fliehen ineinander, wandeln sich allmählich, bis das Licht schwächer wird und die Dunkelheit überhand nimmt.

Die Ferne verschwimmt. Die Schatten des Waldes werden kräftiger. Bald steht er als einheitliche, dunkle Masse da. Schnell schlägt der Falke seine Schwingen über den Wipfeln. Ein selbes Gezirpe nur in den Bäumen, gellend dazwischen ein spätes Lachen des Hähners und der Gänse durchdringender Ruf. Die Töne tragen weit zu dieser Stunde.

Zwischen den Bäumen lastet noch Wärme vom vergangenen Tage. Doch über der Wiefe steigt der Nebel hoch. Bald liegt er in dicker, weißer Bank. Gespenstisch ragen die alten Weiden daraus hervor. Die Gräser sind feucht. Erdgeruch hebt sich vom Lande aufwärts. Heimlich-schön ist das Aufsteigen der Dünste.

Die Grillen hört man immerfort. Lange, singende Töne, dazwischen andere, abgerissener und kurz. Leise hier, und beim Weiterstreiten andernorts laut, fast jubilernd. Es ist, als schweigten die kleinen Tiere noch vor dem kommenden Winter.

Dunkler und dunkler wird es im Freien. Nacht ist alles, was voll Licht war. Doch herbstlich-milde strahlt auch die Sternennacht. Und der Mond scheint gar manchmal zu schwärmen.

Draußen ist der Tag beendet. Doch in den Häusern sind Lichter entzündet.

Wahlbereitschaft des Bürgertums

In bürgerlichen Kreisen fühlt man sehr wohl, um was es bei den kommenden Gemeindevahlen geht. Die proletarischen Mehrheiten in den Stadtverordnetenkollegien sollen beseitigt werden, damit nicht, wie es sonst unausweichlich ist, auch proletarische Ratsmehrheiten gebildet werden. Erst die politische Gleichberechtigung von Stadtverordneten- und Ratskollegium gibt die Möglichkeit, dem Bürgertum ein klein wenig Respekt vor dem Willen der Mehrheit der Stadtverordnetenmehrheiten und dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung beizubringen. Das zu verhindern, heißt man jetzt alle Hebel der Demagogie in Bewegung. Die schöne Hausbesitzerrede des Oberbürgermeisters ist noch in Erinnerung. Die Hausbesitzerplakate in den Hausfluren sind auch bekannt. Ebenso die Versuche, durch Schwindelmärchen die Wählerchaft gegen die Sozialdemokratie einzunehmen. Man denke an die verlogenen Meldungen über sozialdemokratische Mißwirtschaft in Weissen. Aber von dieser Art Wahlagitation erhofft man Erfolg. Gegenwärtig durchwandert man alle möglichen und unmöglichen bürgerlichen Vereine und Vereinigungen, mögen sie sich der Kanarienvogel, Flegel, Kaninchen, Hund, Geflügel, oder Hochzeit widmen, mögen sie Kegeln, Turn-, Fußball- oder sonstigen Sport betreiben, mögen sie sich Schieber, Krieger, Kirchen-, Militär-, Jungfrauen- oder Sittlichkeitsverein nennen. Alle, alle sollen für die Wahl bürgerlicher Kandidaten, die sich den proletarischen Forderungen und Kulturzielen mit aller Macht entgegenstemmen, gewonnen werden. Die Telefonie verbreitet eine Meldung, derzufolge nun auch die Elternvereine abgeklopft werden sollen. Die Telefonie meldet:

„Die in Halberstadt versammelte Führerschaft des Reichverbandes evangelischer Eltern- und Volksbünde (Reichselternbund) beriet eingehend die Stellung der Elternschaft zu den Kommunalwahlen. In einer Entschließung begrüßten die Elternführer die Tätigkeit der überall ins Leben getretenen evangelischen Ausschüsse für Kommunalwahlen. Nach wie vor, so heißt es weiter in der Entschließung, lehne der Reichselternbund jede parteipolitische Tätigkeit und Bindung ab. Seine Aufgabe sei, der Verwirklichung des gesamten öffentlichen Lebens auf dem Gebiete der Erziehung entgegenzuwirken, und evangelische Erziehungsarbeit sicherzustellen. Die Entschließung betont die erste Bewusstseinspflicht der Elternschaft, bei den bevorstehenden Wahlen nicht beiseite zu stehen. Alle Elternbünde werden aufgefordert, die Arbeit der evangelischen Ausschüsse für Kommunalwahlen auf das tatkräftigste zu fördern.“

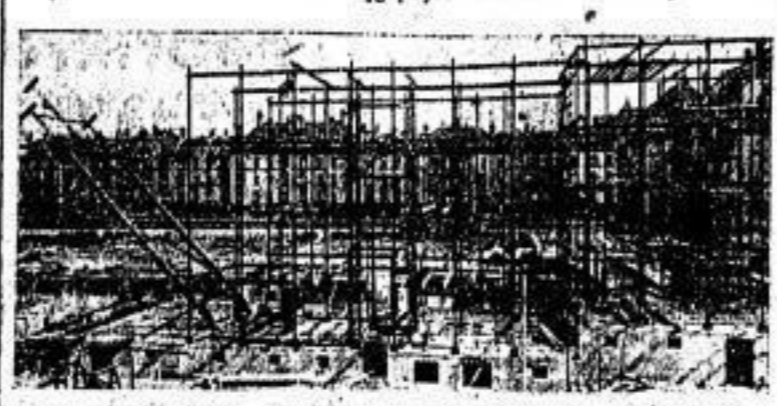
Wertwichtig, was bei dem Bürgertum alles neutral ist. Weil das Bürgertum in ein Duzend Parteien gespalten ist und die evangelischen Eltern- und Volksbünde weder besonders für die Wählerchaft noch für die Demokraten, sondern ausschließlich gegen die proletarischen Parteien wählen wollen, nennen sie sich neutral und unpolitisch. Wir kennen die Weise, wir kennen den Text und kennen auch die Verfasser. Die Sozialdemokratie, die „marxistische Linke“ soll zur höheren Ehre der Religionsheuchler aus den Stadt- und Gemeindeparlamenten hinausgeschlagen werden. Sicherstellung der evangelischen Erziehungsarbeit sagt man. Sicherstellung der antiproletarischen Herrschaft meint man. Wähler gehebt nicht auf dieses Eis. Wollt ihr den Fortschritt, wollt ihr, daß die Interessen der nicht begüterten Bevölkerungskreise in der Gemeindeverwaltung nicht mißhandelt werden, dann schickt die „alle parteipolitische Bindung leugnenden“ evangelischen Elternbünde heim. Sie nahen sich auch im Schafpelz der Neutralität und sind doch weiter nichts als Wölfe der Reaktion.

Beschädigte Reichsbanknoten

Das Reichsbankdirektorium hat folgendes bekanntgegeben: Seit einiger Zeit werden Noten in den Verkehr gebracht, die in betrügerischer Absicht aus Teilen echter Reichsbanknoten der gleichen Wertgröße zusammengesetzt sind. Diese Noten sind daran zu erkennen, daß die einzelnen Teile durch Klebstreifen verbunden sind. Es wird deshalb allgemein vor der Annahme zusammengeklebter Noten gewarnt, da stets die Möglichkeit besteht, daß es sich um Fälschungen handelt, und der Empfänger Gefahr läuft, sie bei der Reichsbank nicht umgetauscht zu erhalten. Es empfiehlt sich, zusammengeklebte Noten nicht anzunehmen, sondern die Inhaber an die Reichsbank zu verweisen. Wenn sich die Zahlung mit solchen Noten unter verdächtigen Umständen vollzieht, ist die Kriminalpolizei zu benachrichtigen.

Stahlbauten für Wohnzwecke

Wir haben vor einigen Tagen auf den Stahlhochhausbau am Augustusplatz hingewiesen. Auch im Wohnungsbau wird seit einiger Zeit, wenn auch zunächst mehr peripherweise, die Stahlsteltbauweise angewandt. Der Stahlsteltbau bringt kaum eine Verbilligung des Wohnungsbauens. Wenigstens keine sofort sichtbare. Dennoch wirkt der Einsatz von Stahlbauten ohne Ziegelwände der unerhörten Preistreiber auf dem Ziegelmarkt entgegen. Dies um so mehr, als auch andere Ziegelerzeugnisse, Kessel, Zylinder usw., in der gleichen Richtung wirksam sind. Können sie auch eine direkte Verbilligung nicht erzwingen, so vermögen sie doch eine weitere Verteuerung, wie sie eine Überlastung des Ziegelmarktes mit sich bringen müßte, zu verhindern. Ein weiterer Vorteil, der schon sichtbar zu Buch schlägt, ist die Schnelligkeit, mit der die Bauten aufgeführt werden. Dadurch werden



große Zinsausgaben für eine lange Brachzeit des Baukapitals vermieden. Wir werden in den nächsten Tagen noch über weitere Bauweisen Mitteilung machen, die ebenfalls das Bauverfahren abändern und auch auf andere Weise einige Verbilligungen bringen sollen.

Auch im Stahlbau gibt es eine ganze Reihe verschiedenster Verfahren. Das beigefügte Bild veranschaulicht die Stahlbetonbauweise Frank, derelben Stuttgarter Baukma, die auch das Europahaus am Augustusplatz baut. Die Stahlbetonbauweise Frank verwendet den Stahl als tragende Skelettkonstruktion für Wände und Decken und den Beton als Riessbeton für die Funda-

mente und Untergeschoßmauern, als Leichtbeton für die Ausfüllung der Wände und Decken zwischen dem Stahlstelt. Der Leichtbeton wird aus Bimskies, luftgranulierter Hochofenschlacke und dergleichen in Verbindung mit Zement als Bindemittel hergestellt.

Der Bauvorgang ist kurz folgender: Nach Fertigstellung der Decke über dem Untergeschoß wird auf dieser mit dem Aufstellen des zuvor legend montierten Stahlstelt begonnen. Das Stelt der Wände besteht aus senkrecht durchgehenden, doppelreihigen Stützen aus Spezialprofilen, den waagerechten Riegeln, Rahmen oder Pfetten und den Windverbänden. Die Riegel, Rahmen, Pfetten und Windverbände sind innerhalb der Doppelreihe angeordnet. Nach dem Aufstellen der Wände werden die Deckenträger montiert und dann mit dem Aufstellen und Eindecken des Daches, mit dem Einziehen der Erdgeschoßwände mittels Schalttafeln und dem Aufbetonieren der Wände mit Leichtbeton begonnen. Die Schalttafeln werden beiderseits der Wandflächen an die im Querschnitt schwalbenschwanzförmigen Profile mit Spezialschrauben auf einsackte Weise befestigt. Die Schalttafeln des Erdgeschoßes werden nach dem Ausschalen in den oberen Geschossen als Wand- oder Giebelstaltung wieder verwendet, ebenso die Schalungen für die Decken.

Bei 6- bis 8-geschoßigen Stahlstelt-Hochbauten beträgt die Leichtbeton-Wandstärke 18 bis 22 Zentimeter und diese entspricht wärmetechnisch einer 60 bis 70 Zentimeter starken Vollziegelwand. Eine 18 Zentimeter starke Bimskieswand hat ein Gewicht von 250 bis 300 Kilogramm, eine 40 Zentimeter starke Ziegelwand lastet dagegen mit 720 Kilogramm und eine 64 Zentimeter starke Ziegelwand sogar mit 1170 Kilogramm auf dem Fundament. Dieser bedeutende Gewichtsunterschied macht sich ganz besonders bei den Grund- und Untergeschoßmauern von mehrgeschoßigen Gebäuden bemerkbar. Dabei werden dann auch bedeutende Einsparungen an Frachten, Befuhrkosten, Zinsen usw. erreicht.

Für die großen Wohn-, Geschäfts- und Industriebauten sind hohe Gebäudemauern erforderlich und je rascher die Bauten fertiggestellt sind, desto früher läuft der Mietzins und die Fabrikation. Nur durch die einfachste und hinsichtlich des Materials restlos ausgenügte Konstruktion, durch übersichtliche Arbeitsvorgänge und durch beste Bauorganisation läßt sich eine rasche Bauausführung erreichen. Gerade Bauten, die nach diesen Grundrissen durchgeführt werden, sind deshalb auch die billigsten und dadurch wirtschaftlichsten.

Kinderfreunde in Marienbrunn

Ein Sonntag mit Wind und Regen und einigen Sonnenbliden — das war der Gründungstag der Kinderfreundegruppe Marienbrunn, aber trotzdem ein richtiges Kinderfest und auch ein Festtag für die Parteigenossen, die durch planmäßige Vorbereitungen dafür gesorgt hatten, daß der Zug der dieser Siedlung einzog. Mit Freude und Genugtuung stellten die dieser Siedlung ein. Mit Freude und Genugtuung stellten die roten Falken überall fest, wo man sie mit „Freundschaft“ begrüßte. Und wenn der alte Genosse Geyer ihnen zu Ehren an seinem Hause die rote Fahne gehißt hatte, und wenn er selbst, am Saune stehend, die vielen Glückwünsche begrüßte, so war es selbstverständlich, daß ihm ein hundertstimmiges „Freundschaft“ antwortete.

Zwei Umzüge, die mit Kindergefang und Wandermusik durch die verschiedenen Siedlungen geführt wurden, lockten manche



Knechtliche an Türen und Fenster. Die Kinderfreunde erwarten noch nicht zuviel, und sie wissen, daß es erster Arbeit auf viele Jahre hinaus bedeutet, ehe sie überall von vielen mit offenen Armen aufgenommen werden. Unsere Kinder lernen es immer mehr einsehen, daß auch sie ihre Sonntage — wenn es notwendig ist — in den Dienst von Kampf und Werbung stellen müssen und daß sie sich deswegen nicht bedauern lassen aus Rücksicht auf oberpolitische Falschmünzerei. Die Marienbrunner Einwohner hatten aber auch Gelegenheit, unsere Kinder von einer anderen Seite kennenzulernen. Auf freiem Platz waren unsre Bekannten Spitzel aufgeschlagen, ein Kranz auf hoher Stange, vielstimmiger Kinderjubel, alles das lockte viele Zuschauer und auch Marienbrunner Kinder herbei. Sie waren in ganz kurzer Zeit ganz bei der Sache, denn: einen solchen originellen Spaß wie den „Zirkus Allerhand“ bekommen sie nicht immer zu sehen. Aber auch die Erwachsenen kamen auf ihre Kosten, und das Zirkusband war von einem dichten Kreis lachender Menschen umfaßt. Ein tüchtiger Regenschauer beendete die Vorführung und auch — etwas programmwidrig — den Marienbrunner Werbetag.

Nun wird die Arbeit in dieser neuen Gruppe beginnen (eben Donnerstag). Tüchtige Helfer und Helferinnen werden durch ihre Arbeit an den Kindern den Nachweis zu erbringen haben, daß es sich lohnt, die Kinder zu den Kinderfreunden zu haben. Wir rufen ihnen ein herzliches „Freundschaft“ zu!

Schulbeginn

Im Januar haben die Stadtverordneten den Rat ersucht, zu prüfen, ob es möglich ist, den allgemeinen Schulbeginn zu verlegen und etwa 1/2 Stunde später eintreten zu lassen. Der Rat hat den städtischen Schulrat, den Bezirkslehrer-ausschuß I B und den Beirat für das städtische höhere Schulwesen um gutachtliche Meinung hierzu ersucht. In den Gutachten wird eine Hinausschiebung des Unterrichtsbeginnes um 1/2 Uhr allgemein abgelehnt. Zur Begründung wird angeführt, daß bei späterem Schulbeginn die Kinder, deren Eltern frühzeitig einer

Lohnarbeit außer Hause nachgehen, längere Zeit unbeaufsichtigt bleiben. Den Kindern, die keinen Nachmittagsunterricht haben, würde durch den späteren Unterrichtsschluß am Mittag eine halbe Stunde der Erholungszeit bei Tageslicht genommen. Die auswärtigen Schüler, die die Eisenbahn benutzen müssen, hätten von dem späteren Unterrichtsbeginn keinen Vorteil, müßten vielmehr nutzlos die Zeit vom Eintreffen des Zuges bis zum 1/2-Uhr-Beginn verbringen. In den Berufsschulen bedinge schon die starke Belegung der Schulgebäude und die Notwendigkeit, 19 Uhr zu schließen, eine volle Ausnutzung der Zeit.

Der Gemischte Schulausschuß und der Gemischte Berufsschulausschuß haben daher beschlossen, eine Verlegung des allgemeinen Schulbeginnes abzulehnen. Der Ausschuß für die höheren Schulen hat beschlossen, in den Klassen Sexta und Quinta, für die aus Gesundheitsrücksichten bereits ein späterer Unterrichtsbeginn beschlossen war, die Durchführung dieses späteren Unterrichtsbeginnes auch weiterhin zu fördern, für die übrigen Klassen aber eine Verlegung des Schulbeginnes abzulehnen.

Fürsorgestelle für Lungentrante

Die Geräte der Fürsorgestelle für Lungentrante sind Ende Juni 1929 mit dem Eruchen an den Rat herangeraten, die jetzige Röntgeneinrichtung durch eine der Neuzeit entsprechende Anlage zu ersetzen. Es hat sich herausgestellt, daß nicht nur auf dem Gebiete der Röntgenapparatur gerade in der allerletzten Zeit wichtige Verbesserungen herausgekommen sind, sondern daß in fortwährend zunehmendem Maße die Ansprüche gesteigert werden, die gerade an die Röntgendiagnostik gestellt werden. Von allen maßgeblichen Seiten, insbesondere von den Versicherungsträgern selbst, und in der medizinischen Fachpresse wird mit zunehmender Dringlichkeit verlangt, daß die Fürsorgestelle vollkommen unzulänglich geworden. Sie ermöglicht nicht einmal Lungenaufnahmen (Renaufnahmen), wie sie heutzutage von jedem Arzt als selbstverständlich vorausgesetzt werden. Außerdem ist die Anlage in ihrer ganzen Konstruktion geradezu ein Hindernis, weil sie außerordentlich viel Platz beansprucht, keine genügenden Schutzvorrichtungen besitzt und durch die Komplexität der technischen Bedienung unnötig viel Zeit und Arbeitskraft in Anspruch nimmt.

Um allen Ansprüchen gerecht werden und die Arbeitskräfte voll ausnützen zu können sowie langes Warten der Kranken zu vermeiden, macht sich weiter für jedes der beiden großen Arztzimmer die Beschaffung eines Durchleuchtungsapparates erforderlich. Dann wird die Möglichkeit gegeben sein, daß die Fürsorgestelle allen an sie zu stellenden Anforderungen entsprechen kann. Seit kurzem werden für die Landesversicherungsanstalt Untersuchungen von Personen, die in Heilbädern gewesen sind, vorgenommen, die in zwei Jahren allein die Zahl 1500 erreichen werden. Außerdem hat jetzt das Arbeitsamt um Übernahme der Röntgenuntersuchungen gegen Bezahlung gebeten. Die Landesversicherungsanstalt leistet der Fürsorgestelle einen jährlichen Beitrag von 45 000 Mark, der voraussichtlich auf 60 000 Mark erhöht werden wird.

Die Kosten für die Anschaffung der Apparate sind auf 20 300 Mark veranschlagt.

Dem Schutze des Publikums empfohlen

Schon mehrmals ist von Kriminalamt durch die Tageszeitungen auf die Gefahren hingewiesen worden, die durch Diebstahl von Sturmlaternen hervorgerufen werden. Nur zu leicht werden hierdurch Unglücksfälle verursacht, da die Laternen in der Nacht Fahrzeugen aller Art und Straßenpassanten als Warnungsschilder vor Straßenausschüttungen, Abperrungen, Baustellen usw. dienen. Folgt handelt der Täter im Uebermut, ohne zu bedenken, welche Folgen sein unüberlegtes Handeln nach sich ziehen kann. Aber auch unter Nachfahrern und Geschirrführern sind die Täter zu suchen. Bei einsetzender Dunkelheit oder in den zeitigen Morgenstunden, geraten sie in Verlegenheit und entwenden die Laternen zur Beleuchtung ihrer Fahrzeuge. Das Kriminalamt erbitet die Wirkliche des Publikums bei der Ermittlung der Täter. Beim Diebstahl betroffene Personen übergebe man einem Polizeibeamten.

Die Bauernrevolution vor Gericht

SPD Freiberg, 24. September.

In Freiberg spielt sich vor dem Schöffengericht zur Zeit ein Landfriedensbruch ab, in den 19 Landwirte, Gewerbetreibende und landwirtschaftliche Arbeiter verwickelt sind.

Am Dienstag wurden zahlreiche Zeugen vernommen. Zunächst wurde festgestellt, daß sich die Angeklagten auf Grund einer Aufforderung der Deutschnationalen Partei im "Freiberger Anzeiger" an der Demonstration beteiligt haben.

Der Vorsitzende des Finanzamtes, Rensch, erklärt dann unter Eid, der Geschäftsführer des Landbundes habe ihm am 8. März — drei Tage vor der Kundgebung — versichert, daß die Demonstration weder den Hausbau noch den Hof des Finanzamtes betreffen würde.

Die Juden, die Lumpen müssen herausgeholt werden. Die Alten müssen herunter und verbrannt werden.

Diese Ausrufungen sollen nach den Zeugnisaussagen bei der Menge bestärkenden Beifall gefunden haben. Aus verschiedenen Zeugnisaussagen geht ferner hervor, daß Möllers Worte in der Tat den ersten Anlaß zu dem Sturm auf das Finanzamt gegeben haben.

Die Verhandlungen dauern fort.

Sachsen und der Verwaltungsrat der Reichsbahn

Die sächsische Regierung gibt eine amtliche Erklärung heraus, in der es u. a. heißt:

In der Öffentlichkeit ist die Frage erörtert worden, inwieweit die Annahme des Youngplans einen Einfluß auf die bekannten Ansprüche der Länder mit ehemaligem Eisenbahnbetrieb gegen Zuweisung von Sitzen im Verwaltungsrat der Reichsbahn haben könne.

Weiter ist in der Erklärung gesagt, daß Breußen seinen Anspruch an das Reich in einem Rechtsstreit durchgesetzt hat und von Bayern drei Mitglieder im Verwaltungsrat sitzen. Die sächsische Regierung hat ihren Anspruch dieser Tage in Berlin erneut nachdrücklich erhoben.

Die Folgen der Lügenhege

Die von den reaktionären Blättern, dem Volksstaat und den Leipziger Neuesten Nachrichten verbreiteten Lügenmeldungen über den finanziellen Bankrott Meißens hatten zur Folge, daß die Sporer am Montag einen Sturm auf die Meißner Sparkasse unternahmen.

Zwischen Meißen und dem Elektrizitätsverband Gröbba finden Verhandlungen über die Verpachtung des Elektrizitätswerks an den Verband statt. Eine Tarifierhöhung soll nicht in Aussicht genommen sein.

Dresden. Vereitelte Raubüberfälle. Die Kriminalpolizei erhielt Kenntnis davon, daß vier junge Burchen im Alter von 16 bis 22 Jahren beabsichtigten, eine Kassenbahn zu rauben.

Obermüshausen. Sieben Familien obdachlos. Durch eine Explosion entstand in einem Hause ein Feuer, dem das ganze Gebäude zum Opfer fiel.

Döbeln. Nach Unterschlagungen flüchtig. Seit Freitag ist der 35 Jahre alte Bürgermeister Bruno Müller aus Döbeln nach Unterschlagung von 10 000 Mark flüchtig.

Klingenthal. Ein Schmuggler erschossen. Von einem Zollbeamten war in der Nähe von Steinböden der 48 Jahre alte Thom aus Schwabedra festgenommen worden, der einen Kufak mit geschmuggeltem Rauchtabak bei sich trug.

Unser Kampf um die Rathhäuser

25 Jahre sozialdemokratische Gemeindepolitik. Die deutsche Sozialdemokratie kann in diesen Tagen eine Art kommunalpolitisches Jubiläum begehen. Am 23. September 1904, also vor nunmehr 25 Jahren, wurde auf dem in Bremen abgehaltenen Parteitag von Genossen Dr. Lindemann in einem großangelegten Referat die Resolution über Kommunalpolitik begründet.

Wenn wir in diesen Tagen in einer ganzen Reihe deutscher Länder zu einem kommunalen Großkampfe rufen, wie er in solchen Ausmaßen an einem Tage bisher wohl kaum in Deutschland stattgefunden hat, so ist es wohl angezeigt, sich die Linie zu vergegenwärtigen, auf welcher die Arbeit der Sozialdemokratie in den Gemeinden in dem Zeitabschnitt von 25 Jahren sich entwickelt hat.

Und heute, nach nur 25 Jahren? Es sind nicht profane Zahlen, die wir selbstgefällig auf den Tisch werfen, sondern es ist der jenseitig eines gewaltigen Vertrauenskapitals, das sich die Sozialdemokratie in den 25 Jahren durch mühevollen Arbeit in den Gemeinden im Dienste der werktätigen Volkseeinheiten erworben hat.

miglieder! Wenn es gar nun erst möglich wäre, die gewaltige praktische Arbeitsleistung zu erfassen und statistisch darzustellen, die etwa seit 1910, in nur 10 Jahren, von der Sozialdemokratie in den Gemeinden des ganzen Reiches vollbracht wurde!

Wir Gemeindevorteiler wissen dabei, daß wir allein mit unserer Arbeit, so fruchtbar und eindrucksvoll sie im einzelnen auch ist, die kapitalistische Gesellschaftsform nicht stürzen werden.

Es ist in der Tat eine sichtbare Wegetrede, die in den verschiedenen 25 Jahren in den Gemeinden in dieser Richtung von der Sozialdemokratie zurückgelegt worden ist. Sie war nicht kampflös.

Der 17. November 1929 ist eine wichtige Etappe auf unserem Wege. Die sozialdemokratische Arbeiterklasse überhaupte, rückwärts blickend, in diesen Tagen ein 25jähriges Ringen um die Gemeinden.

Die Angeklagten wissen von nichts

Im Prozeß gegen die polnische Einbrecherbande wurde am Dienstag mit der Verhandlung fortgefahren. Mit Verteidiger sind den Angeklagten beigegeben. Den Vorsitz führt Amtsgerichtsrat Dr. Bessel, die Anklage vertritt Staatsanwalt Bürschaper.

Als erster Angeklagter wird Wibuschjy vernommen, der am 12. Februar 1922 in Lodz geboren wurde. Dort besuchte er eine jüdische Volksschule, lernte Buchbinder und wurde später zum russischen Militärdienst eingezogen, aber nach fünf Monaten wegen Krankheit entlassen.

Wibuschjy leugnet natürlich, an den ihm zur Last gelegten Einbrüchen beteiligt zu sein.

Noch interessanter ist der Lebenslauf des Angeklagten Kohn, der am 24. Januar 1899 in Polen geboren wurde, nicht lesen und nicht schreiben kann.

Was ist das für ein Mensch? Er erzählt, daß er im Jahre 1921, um vom polnischen Militärdienst loszukommen, einen Einbruch in eine Kaserne für diese Tat sei er mit zwei Jahren Gefängnis bestraft worden.

Was ist das für ein Mensch? Er soll großer Bekleidungsbesitzer und zu dem Zweck nach Antwerpen gefahren sein, um dort eine Villa zu kaufen.

Der Angeklagte Clynz wurde am 1. Mai 1928 in Dessau verhaftet, als er gerade im Begriffe war, zusammen mit Scheide einen Einbruch auszuführen.

war. Es war darin z. B. vermerkt: 1. Mai Dessau, 2. Mai Leipzig, 3. Mai Plauen, 4. Mai Jena, 5. Mai Leipzig, 6. Mai Erfurt, 7. Mai wieder zurück nach Berlin.

Christlich, der Engel heißen will, behauptet, er sei während der Zeit der Judenverfolgung aus der Ukraine geflohen, sei nach Polen und später über Oberweisel nach Deutschland „geschmuggelt“ worden.

Scheide, der Willenkönig genannt, ist wegen Diebstahls wiederholt vorbestraft und schon zweimal aus Deutschland ausgewiesen.

Topor hat bei seiner ersten polizeilichen Vernehmung geäußert, zwei Menschenleben reichten nicht aus, seine Strafe abzuhängen, die er für seine Straftaten erhalten müßte.

Auf die Frage des Vorsitzenden an die Angeklagten, wie sie ihren Lebensunterhalt bestreiten hätten, erklärten die Befragten zum größten Teil, sie seien von Verwandten unterstützt worden.

Da bis auf Eines und Scheide, die auf frischer Tat erwischt wurden, alle Angeklagten die ihnen zur Last gelegten Einbrüche leugnen, muß das Gericht durch eine umfangreiche Zeugenvernehmung die Täterschaft nachweisen.

Ein leichtsinniger Freundschaftsdienst

Der Landwirtschaftsgehilfe Fritz Hanf hat seiner Angebeteten einen Freundschaftsdienst geleistet, der ihm sehr teuer zu stehen gekommen ist.

Da bis auf Eines und Scheide, die auf frischer Tat erwischt wurden, alle Angeklagten die ihnen zur Last gelegten Einbrüche leugnen, muß das Gericht durch eine umfangreiche Zeugenvernehmung die Täterschaft nachweisen.

Aus der Umgebung

Ein eigenartiger Jugenderzieher

Sehr viele Einwohner Naunhofs, ganz besonders aber diejenigen, die Kinder zur Volksschule schicken, verfolgen seit längerer Zeit mit Sorge gewisse Verhältnisse im Lehrkörper dieser Schule. Es erscheint uns an der Zeit, einmal eine größere Öffentlichkeit auf diese Dinge hinzuweisen.

Wir wollen einem Beamten nicht das Recht der politischen Betätigung beschneiden. Aber wenn ein Lehrer der Republik, dem wir unsere Kinder anvertrauen müssen, und der sein Gehalt vom Staat, also von der Allgemeinheit, bezieht, in aller Öffentlichkeit, in Wort und Schrift gegen die Republik agitiert, dann dürfte das wohl zu weit gehen! Ein Lehrer dieser Art ist Herr G. a. u. m. i. s. t. in Naunhof. Er ist führendes (Vorstands-)Mitglied der Hitler-Partei. Bei allen Versammlungen, Radaverfammlungen usw. wirkt er an hervorragender Stelle mit. Bei den gefährlichen Verteilungen und Beschimpfungen des Staates und der Regierung hat sich er begeistert Betheiligt. Und das er sogar vor der Verhaftung der Jugend nicht zurückschreckt, daß er selbst Kinder gegen ihre Erzieher aufsteht, dafür ist folgende Anzeige aus den „Nachrichten für Naunhof“ ein Beweis.

Gerichts-Entscheidung:
Grimma, den 20. September 1929.
In Herrn Walter Koble,

in Naunhof, Grimmaer Str. 1.
Hiermit wird Ihnen auf Ansuchen bestätigt, daß Ihr Mündel Joachim ohne Ihre Einwilligung keinerlei Verpflichtungen eingehen, daher auch nicht eine Beitrittserklärung zur Nationalsozialistischen Arbeiterpartei-Jugendgruppe abgeben kann. Die trotzdem gegen Ihren Willen abgegebene Beitrittserklärung ist deshalb ungültig, und Sie brauchen es nicht zu dulden, daß die Partei Ihr Mündel als ihr Mitglied in Anspruch nimmt.

Das Amtsgericht.
(gez.) Rumpadius.
Eine beglaubigte Abschrift hat der Lehrer G. a. u. m. i. s. t. Naunhof.

Wieviel ist in den letzten Jahren nicht gerade von rechtsgerichteten Parteien über die Verrohung und Respektlosigkeit der Jugend geklammert worden! Und hier ist es ausgerechnet ein nationalistischer Volksschullehrer, der einen 16-jährigen Jugendlichen zum Angehörigen gegen seinen gesetzlichen Erzieher aufputscht! Kann die Elternschaft nach solchen Vorkommnissen ihre Kinder noch mit Ruhe und Vertrauen zu einem solchen Lehrer in die Klasse schicken? Muß man nicht annehmen, daß ein solcher Lehrer auch im Unterricht, wenn auch vielleicht in versteckter, vorwärtiger Form, den Kindern Haß und Verachtung gegen ihre Volksgenossen und gegen die Republik einimpft, anstatt ihnen Liebe und Veröhnung zu predigen? Daß solche Befürchtungen nur allzu berechtigt sind, hat erst die letzte Versammlung in der Naunhofer Volksschule bewiesen, bei der eine Lehrerin, die auch begeisterte Anhängerin der Hitlerpartei ist, ihre Feste mit verschiedenen Ausfällen gegen die Regierung schmückte.

Zweinaundorf.

Öffentliche Gemeindeverordneten-Sitzung. Da die Tagesordnung unter anderem auch die Beratung über den Bau der Wasserleitung noch in diesem Jahre vorseht, ersuchen wir die Einwohnerschaft um zahlreichem Besuch. Die Sitzung beginnt bereits um 19 Uhr am Donnerstag, dem 26. September.

Börsdorf.

Wie man den Wohnungsbau fördert. Am 30. April reichte die Gemeinde Börsdorf bei der Amtshauptmannschaft Grimma Gesuch und Zeichnungen zum Bau eines 16-Familien-Doppelwohnhauses ein. Nach einer Besprechung, in der die mangelhaften Wohnungsverhältnisse von B. (B. ist in der Amtshauptmannschaft die Gemeinde, welche statistisch nachgewiesen die meisten Wohnungslosen hat) vorgetragen und auch nachgewiesen wurde, daß B. nur ganz wenig Baugelände hat, sah auch der Amtshauptmann ein, daß B., um seine Wohnungsnot zu beheben, hoch bauen mußte; Gesuch und Zeichnungen mußten aber der Kreisbauhauptmannschaft zur Genehmigung vorgelegt werden. Bei der Befestigung durch die Bauüberwachenden der Kreis- und Amtshauptmannschaft und den Amtshauptmann wurde von der Kreisbauhauptmannschaft die Genehmigung des Hochbaues verweigert.

Nach fast zwei Monaten gab der Amtshauptmann die Genehmigung zum Beginn des Baues. Der Bau wurde bei dem schönen Wetter zusehends in die Höhe. Es wurden die Bauplanstunden besucht, um die vollständige Genehmigung zu erhalten, aber keiner der Dezenten kann Auskunft geben, alle wissen nur, daß Börsdorf 4 Geschosse bauen will; der Baukontrolleur der Kreisbauhauptmannschaft kommt und will das 16-Familien-Wohnhaus kontrollieren — somit glauben wir, es werde genehmigt. Der 3. Stock ist fast fertig, der Bürgermeister im Urlaub. Was nun? Die Gemeindeverordneten werden sich einig: Wir bauen den 4. Stock auf, wir müssen sparen, und der 4. Stock verbilligt den Bau. Am 30. August ist Richterhaus, jedoch am 20. August trifft die langersehnte Genehmigung ein; aber — nur für ein 6-Familien-Doppelhaus, und am nächsten Tage kam die Sperrung, weil zu hoch gebaut worden war. Vier Monate hatte der Amtshauptmann gebraucht, um diese Sache zu erledigen. Da wird der Bürgermeister nach Grimma bestellt. Es fahren hin: Bürgermeister, Bauleiter, stellvertretender Bürgermeister, Gemeindefürsorge und ein Gemeindeverordneter. Es gibt Strafen, ja, dem Bürgermeister droht man mit dem Disziplinarverfahren wegen Ungehorsams. Endlich erreicht man aber doch, daß der Bau weitergehen kann.

Ob man sich überlegt hatte, daß die Schuld nur die Aufsichtsbehörde trägt, die 4 Monate braucht, ehe sie eine Genehmigung oder Ablehnung herausbringt. Hat sie bedacht, ob dies Förderung des Wohnungsbaues, der Wirtschaftslage und Linderung der Arbeitslosigkeit ist? Es würde sich empfehlen, wenn sich Ministerium und Landtag damit beschäftigen und Sorge dafür tragen, daß ihre Bestimmungen durchgeführt, die von den Gemeinden zumammengesparten Baugelder nicht durch unnötige Straßen und Verteuerung der Baukosten verschleudert werden. Es wird höchste Zeit, daß einmal bei den Aufsichtsbehörden rationalisiert wird, denn eins ist ja: Entweder Kreis- oder Amtshauptmannschaft. Wo bleibt hier das vielgerühmte Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden? Oder sind die Gemeinden für die Aufsichtsbehörden da? Wir glauben, umgekehrt wird ein Schuh daraus!

Ellenburg.
? Generalversammlung des Konsumvereins Montag, den 30. September, 20 Uhr, in der Stadthalle. Tagesordnung: Wahlen zum Aufsichtsrat, Geschäftsbericht. Jeder Genossenschaftler ersuche nicht seine Legitimation.

? Kursus über erste Hilfe bei Unglücksfällen und pflichtigen Erstantungen von der Kolonne Ellenburg des Arbeiter-Samariter-Bundes. Beginn 30. September, 20 Uhr, im Zeichen-saal der Stadtschule. Anmeldungen in den Unfallmeldestellen oder im Unterrichtslokal. Wer mitwirken will an der Förderung der Volksgesundheit, der lasse sich ausbilden.

Nur noch bis 26. September 1929

Nutzen Sie die billige Gelegenheit während der

10 außergewöhnlich billigen Möbel-Verkaufstage

aus. Gegenbar große Ermäßigung und bei Bezahlung ohne Aufschlag.

Möbel-Große, Leipzig, Windmühlenstr. 25, 1. Stg.



und Nürnberger Str. 3

Sie brauchen es nicht zu bereuen, wenn Sie bei Baumann 2 Mahlzeiten für 98 einbekauft haben.

Gültig bis Sonnabend

2 Pfund prima Schellfisch
oder
2 Pfund prima Goldbarsch
oder
3 Pfund grüne Heringe
oder
3 Pfund Sauerkraut
und dazu
10 Stück zarte Fett-Heringe,
3 Stück saure Gurken und
1 Paket Fischgewürz

98

Besonders zu empfehlen Blutfrische, tolle

Grüne Heringe 4 Pfund 98

Neues Sauerkraut . . . Pfund 20

Fisch-Filet, Räucherwaren, Marinaden, neue Salz- und Fett-Schollen zu billigsten Preisen

Achten Sie bitte auf

Nürnberger Straße 3

Stellenangebote

Frauen mit ar. Bekanntschaft, d. d. Berf. sol. u. preisw. Hausarbeiten bei O. W. 100 511. d. St. 1. Stg. St. 32

Vorkaufe

Auf Kredit Herronanzüge mit 10 Mark Anzahlung Scherbel Markt 2 (St. 1. Stg.)

Von Herrschaften wenig getr. Herr. Garderobe bill. zu st. Adolph Witten, Borkingstr. 12, p. Ein- u. Verkaufsaussch.

Auf Kredit

Sofas, Chaiselongues, Reform- u. Holzbetten, alle Sort. Schränke etc. Lindenau, Lindenstr. 33

Auf Kredit Bestellungen mit Wäsche mit 5 Mark Anzahlung Hülk-Ware, Hülk-Ware HansHoffmann Marktstraße 10, 1. Stg.

Rutenkartoffeln (gelblich)

verkauft billigst (am Eiseller)

Rittergut Schönau b. Leipzig

Gelblich-winterkartoffeln verkauft Rauer, Stahmeln.

Möbelhaus Hermann Fontius

Leipzig-Gohlis
Hallische Straße 106 // Ruf 52776
Speise-, Herren- und Schlafzimmer
Küchen, Polster- und einzelne Möbel

TEILZAHLUNG **Möbel**
1/10 Anzahlung
24 Monatsraten
Ausstellung in 2 großen Etagen!
Moderne Schlafzimmer, Küchen, Spelse- und Herrenzimmer, Clubgarnituren, Säml. Einzelmöbel
Ritter & Co. G. m. H.
LEIPZIG + REICHSSTR. 8
beannt u. festanzweilige ohne Anzahlung auch nach auswärts

Gute Reflame

in der Leipziger Volkszeitung bringt

Gute Geschäfte

Diverses

Frack, Gehrock, Smok, Cat.-Anzüge, Hütten, Pelz, Zeltzer, Str. 3, Eingang Albertstr. 29

Frack- und Geleckschaffs-Anzüge verleiht bill. Berliner Straße 6, 1.

Mark **29.-**

berechnen sich für Anfertigung von Anzügen und Mänteln. Gut haltbare Zylinder

Verarbeitung

Mark **39.-**

Weigler Jacobstr. 6

Frack-Dachs verleiht alle Geschäftsanzüge Hainstraße 6.

Wohnungen 15 Schlafz. für die Herrn gesucht, O. S. 15, III. S. 3, Korn 51, 13.

Familien-Nachrichten

Nach kurzem, schwerem Leiden verschied am 23. September im Krankenhaus St. Jakob im Alter von 80 Jahren unser lieber Vater, Schwieger- und Großvater, der **Steindruckereivalld**

Julius Naundorf

Die trauernden Kinder.
Die Einäscherung findet Freitag, 27. September, 15 Uhr, auf dem Südfriedhof statt.

Für die wohlthuenden Beweise liebevoller Teilnahme beim Heimgang meines lieben Vaters, unseres lieben Vaters, Schwiegervaters, Großvaters, Bruders, Schwagers und Onkels, des Sozialisten

Otto Heinicke

sprechen wir hierdurch unseren herzlichsten Dank aus. Besonderen Dank Herrn Theo Wager für die lieben Worte am Sarge, sowie dem Vorstand der Arbeiter-invaliden, dem Naturheilverein und dem Doppelkopfklub „Stammlich“ mit Frauennub.
Leipzig W. 34, Wluffstraße 7, September 1929,
Olga verw. Heinicke und Anverhörige.

KAKTEEN AUSSTELLUNG
DER ORT/GRUPPE LEIPZIG
VOM 22. 29. SEPTEMBER
BONORAND
AM ROZENTAL
EINTRITT: MK. 30 - KINDER: MK. 20

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
Gau Leipzig
Geschäftsstelle:
Leipzig, Gellertstraße 179.

Abteilung VII. Donnerstag, 28. September, 20 Uhr, Stellen in Bundesleitung Terrasse. Alles erlöshen.

KONKURSAUSVERKAUF
Brocher & Co., Richard-Wagner-Str. 12
Damenwintermäntel, Seidenschmütel, Kleider, Kostüme, Herrenulster, Anzüge, Frack- und Smokinganzüge, Knabenanzüge, Knabenmäntel, Windjacken und Schlösserjacken zu äußerst billigen, zum Teil auf die Hälfte herabgesetzten Preisen

Kauft Zwinger-Lose
zu 1 Mk. bei allen Kollekteuren!
Ziehung bestimmt am 6. und 7. Oktober

Dr. med. Wilh. Mejer
Hals-, Nasen-, Ohrenarzt
Gellertstraße 4 zurück